Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11–12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 88 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.– ; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Sonnabend, den 16. April 1921 | ... Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalte. en Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr | 5. Jahrgang.

Zerbrochene Einheitsfront der englischen Arbeiter.

Sturmsitzung im Preußischen Landtag; Severing teilt Hiebe aus.
Levi aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen — Hölz in Berlin verhaftet.

London, 16. April. (WTB.) **Wie bereits gemeldet,** wurde der auf gestern abend 10 Uhr festgesetzte Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter abgesagt. Als Grund hierfür gab der Sekretär der Vereinigung der Maschinisten und Heizer die Weigerung der Bergarbeiter an, trotz des Anratens des Nationalverbandes der Eisenbahner und Transportarbeiter und der Organisation der Maschinisten und Heizer in weitere Verhandlungen nicht zu treten. Einer „Exchange"-Meldung zufolge soll der Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes, Hodges, zurückgetreten sein. Bezeichnend für die plötzliche Wendung der Lage ist die Tatsache, daß während im Unterhause im Laufe der Debatte über die Streiklage der Arbeiterführer Clynes dem Hause darlegte, daß es ein Akt der Treulosigkeit von seiten des Arbeiterdreibundes sein würde, die Bergarbeiter im Stiche zu lassen, das Parlamentsmitglied Leslie Wilson die Nachricht brachte, daß der Arbeiterdreibund die Bergarbeiter im Stiche gelassen habe. Diese Nachricht verbreitete sich rasch im ganzen Hause. Clynes erfuhr sie **jedoch** erst, als er seine Rede beendet hatte.

London, 16. April. (Reuter.) **Thomas teilte mit,** er habe den Bergarbeiterbund davon in Kenntnis gesetzt, daß es für angemessen erachtet worden sei, daß die Bergarbeiter den von Hodges vorgestern gemachten Vorschlag **annehmen sollten. Er finde es deshalb nicht gerechtfertigt, den Eisenbahnern den Streikbefehl zu erteilen. Die Transportarbeiter hätten den Eisenbahnern zugestimmt.**

London, 16. April. (Reuter.) **Hodges teilte mit, daß** als Ergebnis der Streikabsage der Eisenbahner und der Transportarbeiter beschlossen worden sei, sofort eine Konferenz der Vertreter aller Kohlengruben für heute einzuberufen.

London, 16. April. (Reuter.) **Im Unterhause verlas** Lloyd George einen Brief des Bergarbeiterbundes, demzufolge ein Ausgleich nur möglich ist, falls ein nationales Lohnamt errichtet und die Nationalisierung zugestanden wird. Der Bund sei daher überzeugt, daß die Besprechung mit den Grubenbesitzern einen Erfolg nicht zeitigen könne.

Wie ist England versorgt?

TU. **London,** 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Reuter vernimmt, daß das Land für mehr als einen Monat Kohle für die Eisenbahn, für einen Monat für die Gasfabriken, für vier Monate Benzin verfügt. Die Nahrungsmittelzufuhr ist befriedigend. Für die Gas- und Elektrizitätswerke werden die Vorräte der Marine bereitgestellt. Der Flug- und Automobilverkehr ist in den Händen der Regierung. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß eine Isolation irgendeines Teiles des Landes eintreten kann.

Französische Vorbereitungen.

Der 1. Mai der Verfalltag, an dem die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in Kraft treten.

Paris, 15. April. (WTB.) Wie „Havas" meldet, wird über die Ergebnisse der Sitzung, die heute vormittag im Elysée stattfand, von den beteiligten Kreisen Stillschweigen bewahrt. Es sei jedoch augenscheinlich, daß der Gegenstand der Beratung die Prüfung der Maßnahmen gewesen sei, welche nach dem Verfalltag am 1. Mai nötig werden könnten. Es seien keinerlei Entschließungen gefaßt worden, denn die Stellungnahme der französischen Regierung werde ganz und gar von der Haltung der deutschen Reichsregierung abhängen. Es stehe natürlich zweifellos fest, daß im voraus alle Möglichkeiten, ebenso wie die nötig werdenden Maßnahmen erwogen worden seien. Außerdem sei sicher, daß die französische Regierung, wenn sie zum Handeln gezwungen würde, nur nach Verständigung mit ihren Verbündeten handeln werde.

TU. **Paris,** 16. April. (Eig. Drahtbericht.) Man erwartet hier, daß die deutsche Regierung zur Ueberbringung eines, vielleicht rätlichen Angebots eine neutrale Macht zur Hilfe nehmen werde. Dabei denkt man an die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch an andere Mächte. Im voraus soll Deutschland vor einem solchen Schritte gewarnt werden. Die Vergütungsfrage betrifft allein Frankreich und Deutschland. **Auch würde wahrscheinlich keine neutrale Macht zur Vermittlung bereit sein, wenn es auch heißt, daß Schultheß, der schweizer Bundespräsident, der wahrscheinlich zwischen Berlin und Washington vermittelt hat, mit einem Male stark deutschgesinnt ist. Nach Hardings Botschaft glaubt man sich hier der Unterstützung Amerikas sicher. Seitens England scheint diese jedoch weniger bestimmt zu sein.**

Inzwischen bereitet man hier militärische Zwangsmaßnahmen vor. Damit ist auch die besondere Konferenz gestern zu erklären. Die Aufrechterhaltung der Zollgrenze im Osten, Besetzung des Ruhrbeckens und vielleicht eine Blockade Hamburgs stehen auf der Tagesordnung. Im „Eclair" wünscht General Maitrot einen militärischen Spaziergang nach Berlin.

Die Gattin Bela Khuns ausgewiesen.

Rom, 16. April. („Stefani".) Acht ungarische Kommunisten, unter ihnen die Gattin Bela Khuns, sind aus Italien ausgewiesen worden. Sie hatten in ihren Wohnungen Zusammenkünfte mit italienischen Kommunisten veranstaltet.

Albanische Kämpfe.

Rom, 16. April. („Stefani".) Wie „Messaggero" aus Durazzo meldet, wächst die albanische Erhebung gegen die Südslawen. Die Albaner töteten südslawische Beamte. Truppen mußten eingreifen. Es wurden Häuser in Brand gesteckt und etwa 30 Personen getötet.

Streikaufforderung wegen Verletzung nationaler Gefühle.

TU. **Brüssel,** 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Das nationale Bergarbeiterkomitee in Charleroi hat beschlossen, alle Bergarbeiter in Belgien aufzufordern, am 2. Mai die Arbeit niederzulegen als Protest gegen die Nichtverurteilung der beiden Barone Coppel, die angeklagt waren, während des Krieges dem Feinde Lieferungen gemacht zu haben.

Das „Recht" auf Akkord.

Nachdem erst kürzlich der ehemalige Landesherr des Freistaats Braunschweig eine Forderung an den Staat gestellt hatte, die sich auf viele Millionen beziffert, tritt nun bezeichnenderweise auch ein großkapitalistisches Privatunternehmen, die bekannte Mühlenbauanstalt Amme, Giesecke und Konegen A.-G. mit einer Millionenforderung an den braunschweigischen Staat hervor. Sie verlangt binnen 12 Tagen den Betrag von 6 Millionen 242 778 Mark als Schadenersatz dafür, daß seinerzeit im Januar 1919 unter Mitwirkung des Rats der Volksbeauftragten die Akkordarbeit durch Lohnarbeit ersetzt worden ist. Durch die Abschaffung der Akkordarbeit, so behauptet die Firma, sei ein entgangener Gewinn in dieser Höhe entstanden.

Angesichts der Tatsache, daß die Firma **in der Lage war, trotzdem im Jahre 1919/20 eine Dividende von 15 Prozent auszuschütten und im Jahre 1918/19 immerhin 10 Prozent zu zahlen, bietet ihre Rechnung einen wertvollen Beleg zu der früher oft bestrittenen Behauptung, daß die Akkordarbeit zu einer ungerechtfertigten Bereicherung des Unternehmers führt. Wenn eine Aktiengesellschaft in der Lage ist, ihren Aktionären 10 bis 15 Prozent Dividende jährlich auszuzahlen, so wird man ihr das Recht absprechen müssen, noch von einer Schädigung im Ernst zu sprechen.**

Es ist aber nicht uninteressant zu **erfahren, welchen** Mehrwert ein Unternehmer mit Hilfe des Akkordsystems aus seinem Betriebe und seinen Arbeitnehmern für sich herauszuholen als möglich hinstellt. Die Oeffentlichkeit wird sich die Berechnung der Firma Amme, Giesecke und Konegen merken müssen. Indes, ein moralisches Recht eines Privatkapitalisten, noch mehr als 10 bis 15 Prozent Dividende zu verlangen, wird kein modern denkender Mensch anerkennen können. Gar noch ein juristisches Recht darauf zu erheben, das ist der Gipfel kapitalistischer Anmaßung.

Levi aus der V. K. P. D. ausgeschlossen.

TU. **Berlin,** 16. April. (Eig. Drahtbericht.) In der „Roten Fahne" teilt die Zentrale der VKPD. mit, daß sie in ihrer Sitzung vom 15. April Paul Levi wegen groben Vertrauensbruches und schwerer Parteischädigung aus der Partei ausgeschlossen habe und ihn aufgefordert hat, sein Reichstagsmandat sofort niederzulegen.

Hölz verhaftet.

Berlin, 16. April. **Max Hölz wurde in letzter Nacht im Westen Berlins verhaftet.**

Eine gekränkte alldeutsche Seele abgeblitzt. Eine Strafanzeige wegen Hochverrats, die von dem Frankfurter Rechtsanwalt Eb. nau gegen Prinz Max von Baden, Ebert, Scheidemann, Landsberg, Dittmann und Emil Barth eingereicht worden war, ist vom Oberreichs-Anwalt zurückgewiesen worden mit der Begründung, daß die Tat der Beschuldigten als politisches Verbrechen angesprochen werden müsse, das durch den Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 amnestiert, daher einer strafrechtlichen Verfolgung entzogen sei. Diese Entscheidung des Oberreichs-Anwaltes ist vom Reichsgericht bestätigt worden.

Stegerwalds Mißerfolg.

Herrn Stegerwalds Mission ist gescheitert, und die reaktionäre Presse bläst weiter in vollen Tönen das Lied vom Bankerott des Parlamentarismus. Man tut so, als ob alles in Trümmer gehen müßte, weil in Preußen noch keine neue Regierung zustande gekommen ist. Indessen sitzen die Minister der alten, als ob nichts gewesen wäre, im Landtag auf der Regierungsbank und verteidigen sich gegen Angriffe von rechts und links. In den Schreibstuben wird genau dasselbe Quantum von Akten produziert wie gewöhnlich, die ganze Maschine läuft, kein Rädchen steht still. Es ist wirklich keine Frage auf Leben und Tod, ob die neue Regierung heute oder morgen gebildet wird.

Besonders für uns Sozialdemokraten hat die Sache Zeit, wir können die neue Regierung in aller Ruhe erwarten. Der Rechten eilt es wohl, Braun und Severing von ihren Posten wegzubringen, uns eilt das nicht so sehr. Das bedeutet auch keine Herabsetzung des parlamentarischen Prinzips, der Landtag braucht nur einen Ministerpräsidenten zu wählen, der auch wirklich ein Kabinett zustande bringt, und die sozialdemokratischen Minister, die dann überzählig geworden sind, werden ohne Murren ihre Mappen zur Hand nehmen und gehen. Solange es aber dem Parlament nicht gelungen ist, aus sich eine neue Regierung zu schaffen, entspricht es nur dem parlamentarischen System und es ist nur recht und vernünftig, daß die alten Minister einstweilen ihre Aemter weiterführen.

Die Krise ist hervorgerufen worden durch das beharrliche Drängen der Rechten, einschließlich des rechten Flügels der Zentrumspartei, die Deutsche Volkspartei mit in die Regierung hineinzubringen. Eine Zeitlang während der Verhandlungen schien Stegerwald nicht abgeneigt, eine Regierung ohne die Deutsche Volkspartei zu bilden. Nun droht aber diese Partei, daß sie aus der Regierung ausscheiden werde, falls sie nicht in die preußische Regierung Aufnahme finde. Es scheint, daß Herr Stegerwald vor dieser Drohung zurückgewichen ist, und daß er darum auf Einbeziehung der Volkspartei in die Regierungskoalition besteht, obwohl er weiß, daß dieser Plan ganz aussichtslos ist. Solange die Deutsche Volkspartei noch nationalliberal hieß, war ihr beliebtester Wahlspruch: „Das Vaterland über die Partei." Jetzt arbeitet die Deutsche Volkspartei mit der erpresserischen Drohung, sie werde inmitten der kritischen Situation, die Deutschland seit dem Friedensschluß vielleicht erlebt hat, das Reichskabinett auffliegen lassen, wenn sie nicht zu den Reichsportefeuilles auch noch einige preußische hinzubekäme. Die Vaterlandsliebe der Deutschen Volkspartei und ihre Neigung, „Das Vaterland über die Partei" zu stellen, erfährt hier eine magische Beleuchtung.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat ihren Beschluß, weder mit der Deutschen Volkspartei noch mit Beamten, die nur verkleidete Volksparteiler sind, in die Regierung zu gehen, noch einmal ausdrücklich bestätigt. Die bürgerliche Presse wird natürlich, so wie das Scheitern von Stegerwalds Mission endgültig geworden ist, ihr für dieses Scheitern und für das Versagen des parlamentarischen Systems die Verantwortung zuschieben. Demgegenüber ist daran festzuhalten, daß der Anstoß zu dieser Regierungskrise nicht von den Sozialdemokraten, sondern von der Rechten und den rechten Flügeln der bürgerlichen Mittelparteien ausgegangen ist, die eine Wiederherstellung der alten Koalition nicht wollen, obwohl diese die einzige mögliche und erprobte Parteigruppierung ist, die im Landtag noch über eine Mehrheit verfügt. Und persönlich waren nur die bürgerlichen Mittelparteien in ihrer Absicht, den sozialdemokratischen Einfluß in der Regierung zu vermindern und die Sozialdemokratie in ein Regierungsbündnis mit der Deutschen Volkspartei hineinzuzwängen. Die Sozialdemokratische Partei hat sich dagegen durchaus nicht unversöhnlich gezeigt. Sie hat sich damit einverstanden erklärt, daß sie das Ministerpräsidium und außerdem noch einen zweiten Platz in der Regierung verlieren soll. Ihre Unterhändler haben ein noch viel weitergehendes Entgegenkommen bewiesen, indem sie Bedingungen formulierten, unter denen trotz aller Bedenken ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei vielleicht noch möglich wäre. Die Deutsche Volkspartei hat diese Bedingungen, deren erste ein aktives Eintreten für die bestehende republikanische Staatsform ist, wider Treu und Glauben veröffentlicht und sie zugleich ohne jede Erörterung abgelehnt. Daß nach einem solchen Vorgang die sozialdemokratische Fraktion gar nicht anders konnte, als ihren Beschluß gegen das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei aufrecht erhalten, sollte keines weiteren Beweises bedürfen.

In seiner Unterredung mit dem Vertreter des WTB. hat Herr Stegerwald drei Möglichkeiten einer Regierungsbildung genannt, von denen die beiden ersten ausscheiden, da die sozialdemokratische Fraktion zugleich ihren Beschluß gegen die Deutsche Volkspartei aufrecht erhalten hat, und ihren Mitgliedern auch nicht gestatten wird, nach Gutdünken einer Einladung Stegerwalds in sein Kabinett zu folgen. Auch die dritte Möglichkeit, eine Minderheitsregierung aus Zentrum und Demokraten zu bilden, die die wohlwollende Neutralität der Parteien rechts

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210416-13/fragment/page=0001

und links finden sollte, erweist sich bei näherem Zusehen als eine Unmöglichkeit. Wenn die Regierung rein bürgerlich wird, die Ressorts des Innern, der Finanzen, des Kultus und der Landwirtschaft auf bürgerliche Minister übergehen, wird man in der Sozialdemokratischen Partei bald einen gewissen Unterschied bemerken, und ein oppositionelles Auftreten der Partei würde sich dann gar nicht vermeiden lassen.

Die Entwicklung scheint, wie schon in einem frühen Stadium der Krise hier gesagt wurde, auf die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung hinauszulaufen.

Stegerwald will bleiben!

WTB. meldet: Ministerpräsident Stegerwald machte heute den seitherigen Koalitionsparteien die Mitteilung, daß er zweierlei nicht tue. Er bilde kein Kabinett, das als eine Fortsetzung der alten Koalition angesehen werden könne, weil dafür neben den gestern veröffentlichten Gründen nach bald zweimonatlichen Verhandlungen der Parteien die Möglichkeit verbaut sei; weiterhin trete er aus außen- und innerpolitischen Gründen nicht ergebnislos zurück. In positiver Hinsicht schlug Stegerwald vor: Es wird ein Ministerium gebildet aus drei politischen Persönlichkeiten: Stegerwald, Severing und Fischbeck. Daneben sollen die drei bisherigen Koalitionsparteien je einen parlamentarischen Staatssekretär stellen, damit zur Erörterung rein politischer Fragen im Kabinett eine ausreichende Zahl politisch orientierter und erfahrener Männer vorhanden ist. Die übrigen vier Ministerien sollen mit Beamten versehen werden, die sich verpflichten, die Reichsverfassung und die preußische Verfassung in Stunden der Gefahr mit allen staatlichen Machtmitteln nach allen Seiten hin zu verteidigen. Führt auch dieser Vorschlag nicht zum Ziel, dann ist Stegerwald entschlossen, bis nach Erledigung der Sanktionsfrage ein Geschäfts- und Uebergangsministerium zu bilden, in dieses in Gesinnung und Leistung erprobte Männer zu berufen und bei der Vertrauensfrage dem Landtag die Verantwortung zu überlassen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat mittlerweile den Vorschlag Stegerwalds einmütig zurückgewiesen. Es bleibt danach nur das „Geschäfts- und Uebergangsministerium" übrig, auf dessen Zusammensetzung man gespannt sein darf . . .!

Das 45fache des Friedensetats.

Reichsrat.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag Abend unter Vorsitz des Staatssekretär Schulz eine öffentliche Sitzung ab. Er erklärte sich unter anderem mit dem Gesetzentwurf, der zur Ausführung des Art. 146 Abs. 2 der Reichsverfassung bestimmt ist, bis auf 2 wichtige Punkte einverstanden. Angenommen wurde auf Antrag von Württemberg mit 44 gegen 11 Stimmen eine Bestimmung, wonach die Zuständigkeit des Reichsverwaltungsgerichts bei Streitsachen über Schulstegen aus dem Gesetze beseitigt wird. Außerdem wurde ein neuer § 17 angenommen, wonach die Mehrkosten, die den Ländern und Gemeinden aus der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, ihnen zu ⅔ vom Reiche erstattet werden sollen. Gegen beide Beschlüsse, deren zweiter schon in den Ausschüssen gefaßt worden ist, wandte sich Staatssekretär Schulz als Vertreter der Reichsregierung. Es wird nunmehr auch hier wieder einmal zu einer Doppelvorlage kommen, da die Regierung unter keinen Umständen den Beschlüssen des Reichsrates zustimmen will. — Im Nachtragsetat für 1920, den der Reichsrat nachher genehmigte, sind für die Ausführung des Friedensvertrages 100 Millionen mehr erforderlich zur Befriedigung der Ansprüche der interalliierten Rheinlandskommission und des Besatzungsheeres im besetzten rheinischen Gebiete. Der Etat für 1920 der bisher im ordentlichen Etat mit 39,9 Milliarden und im außerordentlichen mit 69,6 Milliarden abschloß, erfährt durch den Nachtragsetat eine Erhöhung im ordentlichen Etat auf 44,5 Milliarden und im außerordentlichen Etat auf 89,6 Milliarden. Insgesamt erreicht der Etat für 1920 die Summe von 134 Milliarden Mark gegenüber 3,4 Milliarden im Jahre 1914. Die Erhöhung beträgt rund das 45fache.

Die Sterbende wehrt sich.

Es war selbstverständlich, daß sich „Rote Fahne" und die kommunistische Zentrale gegen den Todesstoß, den ihr ehemaliger Vorsitzender gegen sie führte, wehren würde. Hatte doch Levi ein kernhaftes Zitat aus Gerhart Hauptmanns „Florian Geyer" als Motto vorangestellt, das ebenso wie die gesamte Broschüre ins Schwarze getroffen hat.

„Blitz und Donner, was liegt ihr daran! Den besten Handel, die edelste Sache, die heiligste Sache . . . in Euren Händen ist sie gewest wie ein Kleinodim Saustall!", so steht einleitend in dem Büchlein. Schon das allein kann im Sterben Liegende aufreizen, und so zieht denn die „Rote Fahne" in ihrer Morgenausgabe vom gestrigen Tage über den Verfasser, ihren Parteigenossen her, und zwar die Zentrale in einer zweispaltigen Erklärung, die Redaktion in einem Leitartikel. Die Zentrale verrätet gleich im zweiten Satz ihrer Erklärung wes Geistes Kind sie ist. Wie

Eine Broschüre über den letzten Putsch

ist soeben vom Sozialdemokratischen Bezirksverband der SPD. des Wahlkreises Halle-Merseburg herausgegeben worden. Das Schriftchen betitelt sich: Die kommunistische Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland Ostern 1921 und wurde von unserem Gen. Redakteur Karl Garbe bearbeitet. Die Broschüre hat sich zum Ziel gesetzt, die ungeheure Schuld der Kommunisten an der erneuten Schwächung des Proletariats durch den März-Putsch nachzuweisen und zugleich einen Ueberblick über die Lage in Mitteldeutschland vor der Polizeiaktion und während des Putsches zu geben. Sie beleuchtet das verbrecherische Treiben der Kommunisten bei der Irreführung der Arbeiterschaft und den innigen Konnex zwischen Hölz und der VKPD. Nackt und bloß steht die irre und wirre Taktik der Kommunisten vor unseren Augen. Das verwertete Material läßt keinen Trugschluß über die Qualifikation der „Führer" zu; es zeigt diese vielmehr in ihrer ganzen schmählichen und schamlosen Haltung. Eine gründliche Abrechnung mit der verruchten, arbeiterschädigenden Politik der VKPD., die ja geradezu das Verbrechertum züchten muß, bedeutet die flott geschriebene Broschüre. Aber auch das schwankende, kurzsichtige Verhalten der USPD. Mitteldeutschlands erhält die gebührende Kritik. Jeder politisch Interessierte, ganz gleich welcher Richtung, muß diese Schrift lesen. Insbesondere wendet sie sich aber an die Arbeiterschaft, welche so furchtbar von gewissenlosen Hetzern, politischen Narren und gemeinen Verbrechern ausgeputscht wurde. Die Broschüre kostet im Buchhandel 1 Mark. Die Ortsvereine der SPD. erhalten die Schrift vom Bezirkssekretariat Halle a. S., Harz 42/44, zum Vorzugspreis.

sie selbst ihre Direktiven von Moskau empfängt, so sucht sie auch bei Levi — keiner sucht jemanden hinter dem Busch, wenn man nicht selbst dort gesteckt hat — den geistigen Urheber seiner Tat. Sie findet ihn auch sofort: „Alle Argumente, die Levi erhoben, haben wir seit Wochen in der „Freiheit" gelesen", schreibt sie. Aber es genügt ihr nicht, daß sie ihr anerkanntes Oberhaupt des Plagiats an der unabhängigen Parteizeitung beschuldigt, er muß noch tiefer in den Dreck getreten werden. Sie geht weiter und beschuldigt ihn, sich der Beweismittel aus „Hörsings Kriegsberichten" und des „WTB." bedient zu haben. Gleich daneben kommt die Behauptung, daß sie einen scharfen Trennungsstrich zwischen der KPD. und den Putschisten gezogen habe. Wir in unserem Merseburger Bezirk können so ein Liedchen von diesem Trennungsstrich singen, und solange man einen Scholem in der Redaktion sitzen hat, darf man die kommunistische Putschscelle im Leibe. Da nützt kein Trennungsstrich.

Der Leitartikler, im Gegensatz zur Zentrale, wiederum legt den Hauptwert auf die Feststellung, daß die Broschüre „das Herz jedes Staatsanwaltes erfreuen wird und ihnen einen großen Teil ihrer Anklagereden vorwegnimmt".

Wir in Halle haben ja noch nie etwas anderes gesehen. Mit und ohne ihren Vorsitzenden Levi hat die KPD. bisher nur stets solche Leistungen vollbracht, die das Herz eines jeden Staatsanwaltes erfreuten. Es ist also durchaus nichts weiterschütternd Neues, was der Leitartikler der „Roten Fahne" feststellt.

Dann wird natürlich abgestritten, daß der Putsch auf Moskauer Befehl versucht worden ist. Wer die Moskauer Bedingungen kennt, auf den wirkt dieses Abstreiten alles andere wie überzeugend. Zum sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen avanciert Levi für seine Broschüre auch in aller Schnelle, wenigstens behauptet die „Rote Fahne", daß er mit der Manier eines solchen vorgegangen sei.

Die Hauptsache kommt aber erst später. Mit Energie wendet man sich gegen die „Unterstellung" Levis, die Zentrale, und der Zentralausschuß hätten mit ihren Beschlüssen kurz vor und in der März-Aktion die Absicht gehabt, die Staatsgewalt zu erobern. Aus den gestern von uns gebrachten Zitaten geht aber unseres Erachtens eine ganz andere Unterstellung Levis hervor, nämlich die: die Zentrale hat gar nicht eine bestimmte Absicht und ein festes Ziel gehabt, sondern nur die verschwommene Ansicht, Konflikte unter allen Umständen hervorzurufen, damit Bewegung in die Partei kommt.

Für unsere Partei beweist aber die Broschüre das eine mit Bestimmtheit, daß sie recht gehandelt hat, als sie mit der größten Schärfe sich gegen den Streik und die ihn begleitenden Umstände wandte. Niemand rechtfertigt diese Handlungsweise glänzender als der ehemalige Vorsitzende der VKPD.

Notizen.

Aufhebung der Getreidebewirtschaftung beantragt. Die deutschnationale Fraktion hat im preußischen Landtag den Antrag eingebracht, bei der Reichsregierung solle dahin gewirkt werden, daß die Zwangsbewirtschaftung des gesamten Getreides tunlichst bald aufgehoben wird. Auf jeden Fall möge aber umgehend die beschlossene Form der Getreidebewirtschaftung für das neue Erntejahr endgültig bekanntgegeben werden, um die Landwirtschaft von der produktionslähmenden (?) Ungewißheit zu befreien.

Der Aeltestenausschuß des preußischen Landtages beschloß, von der beabsichtigten Vertagung bis auf weiteres abzusehen. Die Beratung über die Unruhen in Mitteldeutschland wird voraussichtlich das Haus auch noch in der Sonnabend- und Montag-Sitzung beschäftigen. Eine Vertagung dürfte erst in Frage kommen, wenn die Regierungsbildung zustandegekommen ist.

Feindliche Brüder. Im preußischen Landtag haben die Kommunisten einen Antrag auf Mißbilligung der Haltung der Regierung während des letzten Kommunistenaufruhrs eingebracht. Da sie aber nicht die nötigen 30 Unterschriften hatten, haben sie die Fraktion der USPD. um Unterstützung ersucht. Laut „Freiheit" hat die Fraktion dieses Verlangen mit folgender Begründung abgelehnt: Unsere Fraktion ist nicht in der Lage, in der gegenwärtigen Situation der VKPD. eine irgendwie geartete Unterstützung, und sei es auch nur durch Hergabe von Unterschriften, zu gewähren.

Den Falschen erwischt. Der gestern in einem Berliner Café, „Vaterland", verhaftete kommunistische Landtagsabg. Schneider aus Hagen i. W. ist wieder freigelassen worden, da die Verhaftung sich als eine irrtümliche herausgestellt hat. Der im Berliner Polizeipräsidium eingegangene Haftbefehl richtet sich gegen den kommunistischen Redakteur Schneider, der bei dem mitteldeutschen Aufruhr eine führende Rolle gespielt hat, und nicht gegen den Abgeordneten.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(13. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Hal ging in der gleichen Richtung und der Anblick der beiden berührte ihn wie Militärmusik; er wollte ebenfalls den Kopf zurückwerfen und stramm Schritt halten. Andere Leute, die sie beobachteten und das Lachen auf Hals Gesicht sahen, wandten sich um und lachten mit. Jerry jedoch schritt ahnungslos weiter.

Sie traten in ein Haus ein und Hal, der an diesem Tage nichts anderes zu tun hatte, als sein Leben zu genießen, wartete bis sie herauskamen. Wieder schritten sie im gleichen Zug einher, bloß daß der Mann einen Sack über die Schulter geworfen hatte und das Knäblein, ihm nachahmend, eine leichte Bürde schleppte. Hal lachte wieder und als er sich den beiden gegenüber befand, sagte er: „Hallo!"

„Hallo!" — entgegnete Jerry innehaltend, dann, Hals Lächeln bemerkend, lächelte auch er und auch das Knäblein lächelte. Da Jerry sah, worüber Hal lachte, zog sich sein Gesicht grinsend noch mehr in die Breite und so standen sie alle drei grinsend inmitten der Straße und lachten einander grundlos an.

„Das ist ein schönes Kind" — äußerte Hal.

„Das will ich meinen" — sagte Jerry und stellte den Sack nieder. War jemand bereit das Kind zu bewundern, so fand Jerry stets Zeit, den Worten zu lauschen.

„Gehört es Ihnen?" — fragte Hal.

„Das will ich meinen" — wiederholte Jerry.

„Hallo, Kleiner," — sagte Hal.

„Hallo du selbst!" erwiderte das Knäblein. Man sah ihm sogleich an, daß es im großen Schmelztigel Amerika geboren war.

„Wie heißt du?" fragte Hal.

„Jerry."

„Und wie heißt er?" Hal wies auf den Mann.

„Großer Jerry."

„Habt ihr zu Hause noch so was Aehnliches wie du?"

„Noch ein," sagte der große Jerry. „Ein Baby."

„Es ist anders als ich," rief der kleine Jerry. „Es ist ganz klein."

„Und du bist groß?" fragte Hal.

„Es kann nicht gehen!"

„Das kannst du ja auch nicht!" lachte Hal, packte das Knäblein und setzte es sich auf die Schultern. „Komm, du sollst reiten."

Der große Jerry nahm seinen Sack auf und schritt weiter; diesmal folgte ihm Hal auf den Fersen, machte große Schritte, hüpfte und sprang. Der kleine Jerry genoß den Spaß, lachte und strampelte vor Vergnügen mit den runden Beinchen.

Sie erreichten die dreizimmrige Hütte, in der die beiden Jerrys wohnten, und Frau Jerry, eine schwarzäugige, kleine Sizilianerin, die viel zu jung aussah, um auch nur ein einziges Baby zu haben, trat ihnen an der Türe entgegen. Wieder lachten alle einander an, dann sagte der große Jerry: „Kommen Sie herein?"

„Gerne," entgegnete Hal.

„Bleiben Sie zum Essen, es gibt Spaghetti."

„Fein," sagte Hal. „Gut, lassen Sie mich bleiben und für mein Essen zahlen."

„Nein, zum Teufel!" rief der große Jerry. „Sie werden nicht zahlen!"

„Nein, nein, nicht zahlen!" rief nun auch Frau Jerry und schüttelte energisch den hübschen Kopf.

„Gut," sagte Hal rasch, da er sie zu verletzen fürchtete. „Ich will gerne bleiben, wenn ich Ihnen nichts wegesse und Sie bestimmt genug haben."

„Freilich, ganz genug," meinte Jerry. „Nicht wahr, Rosa."

„Dann bleibe ich. Ist du gern Spaghetti, kleiner Fratz?" wandte sich Hal an das Kind.

„O Jesus, ja!" rief der kleine Jerry.

Hal sah sich im Dago-Heim um; es paßte gut zu seiner hübschen Bewohnerin. Spitzenvorhänge hingen vor den Fenstern, die sogar noch blanker geputzt waren, als bei den Rafferty's; ein sehr unglaublich bunter Teppich bedeckte den Fußboden, von den Wänden blickten, farbenprächtig, der Bejuv und Garibaldi herab. Auch gab es ein Kabinett mit vielen interessanten Dingen: ein Stück Koralle und eine große Muschel, eine indianische Pfeilspitze und ein ausgestopftes Hänfling. Vor noch nicht gar so langer Zeit hätte Hal diese Gegenstände für die Phantasie als nicht besonders anregend erachtet; doch war dies einst gewesen, damals, da er noch nicht fünf Sechstel seiner wachen Stunden in den Eingeweiden der Erde verbrachte.

Er aß mit ihnen zu Abend, ein echtes Dago-Abendbrot; die Spaghetti erwiesen sich als echte Dago-Spaghetti, dampfend, mit Tomatensauce übergossen und einem starken Geschmack von Fleischbrühe. Während des ganzen Essens leckte sich Hal die Lippen und grinste zum kleinen Jerry hinüber, der sich ebenfalls die Lippen leckte und grinste. Alles war so verschieden von der Fütterung am Reminitskischen Schweinetrog, daß es Hal deuchte, als habe er noch nie im Leben ein so gutes Abendessen verzehrt. Und was Herrn und Frau Jerry anbelangte, so waren sie derart stolz auf ihr wundervolles Knäblein, das wie ein echter Amerikaner im schönsten Englisch fluchen konnte, daß sie sich überhaupt im siebenten Himmel befanden.

Als das Mahl zu Ende war, lehnte sich Hal zurück und seufzte, genau wie bei den Rafferty's: „Mein Gott, wie gerne möchte ich hier wohnen!"

Er sah, wie Jerry seine Frau anblickte: Gut, kommen Sie, her, wir werden Sie belästigen. Nicht wahr, Rosa?"

„Freilich," sagte Rosa.

Hal blickte die beiden erstaunt an: „Glauben Sie wirklich, daß man es Ihnen gestatten wird?"

„Gestatten? Wer soll mich hindern?"

„Ich weiß nicht. Reminitski vielleicht. Sie könnten Unannehmlichkeiten haben."

Jerry lachte: „Ich fürchte mich nicht, habe hier Freunde. Carmino ist mein Retter. Kennen Sie Carmino?"

„Nein," sagte Hal.

„Der Schachtaufseher in Nummer eins. Er hält mir die Stange. Reminitski kann zum Kuckuck gehen! Kommen Sie zu uns, ich gebe Ihnen dort im Zimmer ein Bett und ordentliches Essen. Was zahlen Sie bei Reminitski?"

„Siebenundzwanzig im Monat."

„Recht, zahlen Sie mir siebenundzwanzig und Sie sollen es gut haben. Man bekommt hier ja nichts ordentliches zu essen, aber Rosa ist eine gute Köchin und versteht sich darauf."

Hals neuer Freund — der Günstling des Schachtaufsehers — war ein „Anzünder"; er mußte nachts in der Grube umhergehen und das Pulver, das die Bergleute den Tag über gelegt, entzünden. Dies war eine gefährliche Arbeit, die große Geschicklichkeit erforderte; daher wurde sie auch gut bezahlt. Jerry kam in der Welt vorwärts und scheute sich nicht, bis zu einem gewissen Grad seine Meinung zu äußern. Er ließ die Möglichkeit, Hal könne ein Gesellschaftsspitzel sein, außer Acht und versetzte ihn in Erstaunen mit seinen rebellischen Reden über die im Nord-Tal und anderen Orten ausgeübten Erpressungen. Hal erfuhr, daß Jerry ein Sozialist sei; er war auf eine italienische, sozialistische Zeitung abonniert. Der Postbeamte wußte, was dies für eine Zeitung war, und pflegte Jerry zu hänseln. Bemerkenswert erschien Hal, daß auch Frau Minetti eine Sozialistin war; Jerry erklärte, dies sei sehr wichtig für ihn, da sich die Frau dadurch dem Einfluß der Geistlichkeit entzieht.

Hal übersiedelte sofort und opferte einen Teil seiner monatlichen Wohnungsmiete, die von der Gesellschaft an

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210416-13/fragment/page=0002

Severing teilt Hiebe aus.

Preußischer Landtag.

7. Sitzung. Freitag, den 15. April 1921, 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Severing.

Kleine Anfragen.

Die Nichtbestätigung des Redakteurs Kilian als besoldetes Magistratsmitglied in Halle (Anfrage des Abg. Menzel-Halle (V. K. P. D.) ist durch den Regierungspräsidenten zu Merseburg unter einstimmiger Zustimmung des zuständigen Selbstverwaltungskörpers, des Bezirksausschusses, erfolgt. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist nicht verletzt. Lebhaftes Hört, hört bei den Komm.)

Auf eine deutschnationale Anfrage, worin dem Regierungspräsidenten zu Breslau und dem Landrat Schütz in Waldenburg große Pflichtverletzung vorgeworfen werden, weil sie die Führer des „Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlesier" verhaften ließen und das beschlagnahmte Aktenmaterial der sozialdemokratischen „Bergwacht" zur Veröffentlichung übergaben, erwidert die Regierung, daß der Regierungspräsident nach der Lage der Dinge habe annehmen müssen, daß die Verhaftung berechtigt sei. Eine strafbare Beiseiteschaffung von Akten liege nicht vor.

Nachdem die Abgg. Menzel-Stettin (Dn.) und Hermann (D. Vp.) Beschwerden vorgebracht haben, folgt die erste Beratung des Staatsvertrages über den Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich. **Die Vorlage geht an den Hauptausschuß.**

Severing rechnet ab.

Das Haus setzt sodann die Beratungen über die Unruhen in Mitteldeutschland fort.

Minister des Innern **Severing (von den Deutschnat. und Komm. mit großem Lärm empfangen — einige Komm. rufen „Lump" — Pfuirufe bei den Soz.): Ich weiß dem Herren Präsidenten Dank dafür, daß er verhindert hat, daß die Aussprache während der Niederkämpfung des Aufstandes stattfand. Das bekannte Wort: Wenn gute Reden sie begleiten, dann geht die Arbeit munter fort, gilt nicht für die Niederwerfung von Aufständen: da muß gehandelt werden. **Ich habe nichts gegen eine Aussprache, aber die Regierung mußte ihre Aufgabe vor allem schnell und gründlich erledigen. Herr Graef hat unterlassen, gestern anzugeben, welche rechtsstehenden Zeitungen auf die planmäßige Vorbereitung gerade dieses Aufstandes aufmerksam gemacht haben.** Hätte er mir den Nachweis geführt, daß dieser Aufstand vorher angekündigt wurde, dann wären die Beschuldigungen der Rechten zutreffend. **Aber Herr Graef hat sich die bequeme Methode der Papierschnitzelredner zu eigen gemacht und sich auf unbeweisbare Zeitungsmeldungen gestützt.** Die Berichte der „Deutschen Tageszeitung" und „Deutsche Zeitung" waren auch der Regierung bekannt, aber wenn die Regierung auf alle Spitzelberichte hereinfallen sollte, so wäre sie bald erledigt. Denn nichts tötet mehr als Lächerlichkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) **Der betreffende Bericht ist in der „Deutschen Tageszeitung verkürzt erschienen, bei vollständigem Abdruck hätten die Redakteure ihre Blamage selbst eingesehen.** Auch in rechtsgerichteten Kreisen bestehen Umsturzpläne, und die kommunistische Presse wurde von ihrer Partei aufgefordert, sie zu verbreiten, **auf ihre Gefährlichkeit hinzuweisen und damit für einen kommunistischen Aufstand den Boden zu bereiten. Bei solchen Plänen kommt aber alles auf die Ausführung an. Die kommunistischen Pläne setzten zu ihrer Ausführung vor allem**

das Einsetzen der Reichswehr voraus.

Ich bin von der Größe der kommunistischen Gefahr durchaus überzeugt und gewillt, ihr entgegenzutreten, aber ich sehe keine weißen Mäuse (nach rechts) wie Sie. (Heiterkeit und Sehr gut bei den Soz.) Für die Mitarbeit der Presse bin ich sehr dankbar, aber ich kann nicht kritiklos auf alles hereinfallen, was in der „Deutschen Tageszeitung" und in der „Deutschen Zeitung" steht, ebensowenig wie auf die Produkte der „Roten Fahne" und der „Leipziger Volkszeitung". **Wäre ich auf das Märchen der „Leipziger Volkszeitung" von dem geplanten Rechtsputsch im März hereingefallen, so hätten wir in Berlin einen unruhigen Sonntag erlebt. Die Berichte waren wochenlang geprüft und als Arbeit profitgieriger Zuträger erkannt worden.** (Zurufe rechts.) **Glauben Sie, (nach rechts) daß Ihre Vorbereitungen nicht ebenso gefährlich für das Bestehen Deutschlands sind wie die kommunistischen? (Großer Lärm rechts.)** Ich bin von Jugend auf ein Gegner der konservativen Politik gewesen, hatte aber immer einen gewissen Respekt vor der aristokratischen Lebensauffassung der preußischen Granden. Die Tatsache aber, daß die deutschnationale Partei von Kardorff dem Aelteren auf Herrn Graef gekommen ist, ist eine geistige Bankerotterklärung. (Stürmischer Beifall links. — Großer Lärm rechts.) In einem Augenblick, in dem die Feinde des deutschen Volkes mit neuen Maßnahmen hervortreten, hält Herr Graef hier eine Hetzrede. (Großer Lärm rechts. — Abg. Graef ruft fortgesetzt: Sie hetzen! Sie hetzen.)

Die Rede Graefs war nichts weiter als eine Zusammenstellung von Zeitungslügen.

In dem Bezirk Halle-Merseburg hat sich in den letzten Jahren eine geradezu amerikanische Entwicklung abgespielt. 1915 wurde das Leunawerk gegründet und mußte sich auf Arbeiter stützen, die infolge des Krieges brotlos geworden waren und aus dem ganzen Reich nach Leuna zusammengeholt wurden. Diese Arbeiter sind nicht bodenständig geworden. (Zuruf rechts: es fehlte eine gute Verwaltung.) Wenn Sie damit sagen wollen, daß die Verwaltung von 1915 bis 1918 schlecht war, so kann ich Ihnen zustimmen. (Stürmische Heiterkeit links. — Große Unruhe rechts.) **Eine vorsichtige Regierung hätte mit Rücksicht auf die Lage stärkere Polizeikräfte dort zusammengezogen.** (Hört, hört bei den Komm.) Wollen Sie (zu den Komm.) die Wiederholung der Zustände von Mansfeld? Als dort die Arbeiter 1909 zum ersten Male versuchten, wirtschaftliche Forderungen durchzusetzen, gab man ihnen die Antwort mit Maschinengewehren. **Die dauernde Maßregelung und Niederknüppelung der Arbeiterschaft durch Ihre Regierung (zur rechten) hat den Geist erzeugt, der sich jetzt in Mitteldeutschland entladen hat.** Wo die Gewerkschaften ungestört arbeiten konnten, ist es nicht zu solchen Entladungen gekommen. Der Abg. Graef hat sich die Zeitungslüge zu eigen gemacht, daß Hörsing den Kommunisten, die ihre Waffen abliefern würden zugesichert habe, daß ihre Namen nicht festgestellt würden und sie straffrei blieben. (Der Minister verliest eine Erklärung Hörsings, wonach die strittige Anweisung betreffs Straffreiheit vom Major Wolters in mißverständlicher Auslegung einer Anweisung des Reichsentwaffnungskommissars ergangen ist. Hörsing hat dem Major sofort erklärt, daß er mit seinem Verfahren nicht einverstanden sei.) Auch ich habe sofort, als ich von dem Amnestieversprechen hörte, aus eigner Initiative und nicht infolge eines Druckes der Reichsregierung angeordnet, daß die gegebene Zusicherung sofort annulliert werden müßte. (Große Unruhe bei den Komm.) Ja, verlangen Sie (zu den Komm.) denn, daß wir in derselben Situation, in der Sie

die Erschießung aller Gefangenen befehlen,

Straffreiheit gewähren? (Erneute große Unruhe bei den Komm.) Entweder verlangen Sie, daß man die Sprache Ihrer Organe und Ihrer Abgeordneten ernst nimmt, oder Sie müssen erklären, daß es sich dabei nur um Eselsgeschrei handelt, damit man danach seine Maßnahmen treffen kann. (Stürmischer Beifall bei den Soz. — Großer Lärm bei den Komm. — Zuruf des Abg. Meyer-Ostpreußen (V. K. P. D.): Wo haben wir befohlen, Leute niederzuschießen? — Stürmisches Gelächter im ganzen Hause.) Der Abg. Graef hat behauptet, daß 50 000 Mk. von dem Kreisausschuß zur Unterstützung der kommunistischen „Mansfelder Volkszeitung" lanciert worden seien. Das ist eine glatte Lüge. (Erregter Zuruf des Abg. Graef: Es ist aber wahr!) Diese Ihre Behauptung kann ich nicht ernst nehmen, nachdem Sie so zahlreich beweislose Angaben gemacht haben. (Stürmischer Beifall links. — Erregte Zurufe der Deutschnationalen.) Sollte etwas daran wahr sein, so werden die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen. (Erregter Zuruf des Abg. Graef: Machen Sie sich doch nicht lächerlich! Da hört ja alles auf, wie Sie polemisieren, Herr! — Stürmische Heiterkeit links.) Nach Herrn Graef haben sich diese Dinge unter den Augen des Ministers abgespielt. Das kann doch nur den Sinn haben, daß ich sie zum mindesten gebilligt habe. Das muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen können. Nach Herrn Graef hat infolge des schwachen Einsatzes von Kräften in Gröbers die Schutzpolizei eine empfindliche Niederlage erlitten. **In den ersten Tagen war der Einsatz der Kräfte gewiß gering. Man schießt doch nicht mit Kanonen nach Spatzen!** Zunächst kam es nur darauf an, die Leunawerke und die Mansfelder Bergwerke zu schützen. Nach dem Urteil von Sachverständigen wäre dazu der Einsatz von Reichswehr nicht notwendig gewesen. Beim Kapp-Putsch billigten die Herren von rechts das Nichteingreifen der Reichswehr durchaus. Jetzt wird mir von Ihnen (nach rechts) daraus ein Strick gedreht. Es ist ohne Reichswehr gegangen. Und dieser Erfolg der preußischen Regierung ist der Rechten sehr unangenehm. (Zuruf rechts: Auf den Erfolg können Sie stolz sein.) Der Dank des Abg. Graef an die Schutzpolizei war ein Danaergeschenk. Hier begegnen sich äußerste Rechte und äußerste Linke. Wenn für die Schutzpolizei von der Staatsregierung nicht mehr geschehen kann, so ist das zum größten Teil auf den Widerstand der deutschnationalen Volkspartei im Hauptausschuß zurückzuführen. (Zuruf des Abg. Heß (Z.): Nun aber endlich zur Sache! — Heiterkeit.) Das ist deutschnationale Theorie und Praxis! Ich muß die Rede des Abg. Graef als Zusammentragung von Unwahrheiten, Schiefheiten und Lügen brandmarken. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. — Der Abg. Conrad (D. N.) wird vom Präsidenten wegen des Zurufs Schwindler gerügt.) Wenn heute in Deutschland so viele fremde Arbeiter beschäftigt werden, so ist das letzten Endes auf die Wünsche der rheinisch-westfälischen Industrie und der ostpreußischen Großgrundbesitzer zurückzuführen. Gegen die Anwesenheit der Balten in Pommern und Berlin haben Sie (nach rechts) nichts einzuwenden. Sie haben nur etwas gegen die Elemente, die Ihnen nicht genehm sind. (Zuruf Juden.) Ich bin kein Philosemit, sondern habe nur in meiner Jugend Lessing gelesen und schätze die Menschen ohne Rücksicht auf ihre Rassenabstammung nach ihrem Menschenwert ein. In den Märztagen war, wie auch Sie, meine Herren von rechts, wissen, der Osten bedroht. Das erforderte die Anwesenheit der Reichswehr im gefährdeten Gebiet. Nur ein Demagoge — (große Entrüstung rechts) konnte der preußischen Regierung einen Vorwurf machen aus der Nichtverwendung der Reichswehr, wie das in der „Deutschen Tageszeitung" geschehen ist. (Zuruf des Abg. Graef: Da haben Sie sich einmal geschickt herausgeredet, Herr Minister!) Mit meiner Einwilligung sind übrigens erhebliche Kräfte in Bitterfeld, Aschersleben usw. eingesetzt worden. (Zuruf der Komm.: Verbrecher! — Gegenruf des Abg. Siering (Soz.): Ihr seid die Verbrecher!) Eine Rüge habe ich der in Naumburg liegenden Reichswehr wegen ihres Eingreifens nicht erteilt. Wenn ihr Kommandeur gehört hätte, daß plündernde Banden durch das Unstruttal ziehen, und er hätte dem Gewehr bei Fuß zugesehen, so hätte ich auf seine Entfernung hingewirkt. Ferner hat man geklagt über unzureichende Verwendung von Schutzpolizei.

Demgegenüber stelle ich fest, daß im Kreise Liebenwerda neben den Kommunisten die Vertreter des Bauernbundes sich der Verwendung der Schutzpolizei aufs heftigste widersetzt haben.

(Lebhaftes Hört, hört. — Abg. Graef (Dn.): Das muß erst nachgeprüft werden!) Der Grund für dieses merkwürdige Verhalten der Bauern liegt darin, daß die Schutzpolizei energisch gegen das Schiebertum und Schleichhändlertum im Kreise vorging. (Zuruf rechts: Schieber aus dem Osten.) Davon ist auf dem Lande nichts zu bemerken, die Schleichhändler sind recht rüstige Arier. So hat man dafür gesorgt, daß die Schutzpolizei möglichst schnell wieder herausgezogen würde. Ferner wurde meine Haltung auf der Tagung der sozialdemokratischen Parteifunktionäre in Berlin kritisiert. Die Verhandlung fand statt am Abend vor der Beerdigung des erschossenen Arbeiters Sült. (Zuruf der Komm.: ermordet!) Ich protestiere gegen diese Bezeichnung! (Lärm bei den Komm. — Glocke des Präsid.) Sie (zu den Komm.) können diesen Ausdruck wiederholen, so oft Sie wollen. Ich habe in diesen Tagen meine politischen Freunde zu beeinflussen versucht, um die Teilnahme der Arbeiterschaft an dem Proteststreik zu verhindern. **Herr Graef hat mir gestern unterstellt, ich hätte gegen den Aufstand in Mitteldeutschland nicht rechtzeitig Maßregeln ergriffen, weil es sich ja nur um Bürgerpack gehandelt habe. Für diese unerhörte Unterstellung fehlt mir einfach der parlamentarische Ausdruck.** Es ist aber Bürgerpack, daß es wagt, mir derartiges zu unterstellen. Gegenstand heftiger Angriffe war der unabhängige Landrat Kasparek in Sangerhausen, gegen ihn schwebt die Untersuchung, **und wenn er seine Pflicht versäumt hat, so wird er entfernt werden.**

Andere unabhängige Landräte haben sich durchaus bewährt.

Herr Eberlein meinte, seine Partei habe mit den Attentaten nichts zu tun. Ach, Herr Eberlein, war es vielleicht die Reichswehr? Spitzel gibt es bei der Polizei auch, aber haben die Kommunisten vielleicht keine? Kommunistische Spitzel sitzen sogar im Ministerium und übermitteln wichtige politische Aktenstücke nach Moskau. Sie (zu den Komm.) sind auch die intellektuellen Urheber der Attentate auf die Siegessäule u. a. In den Taschen der Attentäter hat man Mitgliedskarten der K. A. P. D. und der V. K. P. D. gefunden. (Großer Lärm bei den Komm.) Aus der Aufforderung der „Roten Fahne", die Transporte der Schutzpolizei unter allen Umständen zu verhindern, gingen die Attentate auf die Eisenbahnen hervor. Ueber die Vorbereitung des Aufstandes durch die Kommunisten habe ich ausführlich berichtet. Die Einzelheiten kann Ihnen der Abg. Dr. Meyer von der V. K. P. D. mitteilen. Standgerichte sind nicht eingesetzt. Todesurteile sind nicht vollstreckt worden. (Widerspruch bei den Komm.) **Die sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge, die Garantien gegen eine Rachejustiz fordern, verstehe ich vollkommen.** Nur die kommunistische Partei hat kein Recht, sich über den weißen Schrecken zu beklagen, wenn sie selbst Revolutionstribunale einrichtet. Ich werde alles tun, die Klagen gegenstandslos zu machen, damit das Deutsche Volk Ruhe und Brot bekommt. (Lebhafter Beifall.) Ich weiß, was ich auf dem Posten, den ich heute noch bekleide, (Zuruf rechts: Heute noch!) zu tun habe. Ich weiß, daß ich nicht blind sein darf gegenüber den Gefahren, die dem deutschen Volk von rechts drohen. Die Kommunisten bauen auf die Solidarität der Arbeiter, weil sie glauben, daß die deutschen Arbeiter mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen, wenn die Selbstschutzorganisationen einmal Zusammenstöße herbeiführen. Solange Sie (nach rechts) mit dem Säbelrasseln, liefern Sie den Kommunisten Agitationsstoff. (Widerspruch rechts.) Und Sie, meine Herren von links, machen das Umgekehrte.

Sie würden der Arbeiterschaft mehr imponieren, wenn Sie jetzt nach Ihrer Niederlage den Mund nicht gar so voll nehmen wollten.

Wenn ich eine neue Aktion vorbereiten wollte, würde ich an Ihrer Stelle gar nicht reden, sondern die Machtverhältnisse prüfen und dann zu der Erkenntnis kommen, daß das, was Sie wollen, sich nicht mit Dynamitbomben und Sprengungen erreichen läßt, sondern nur durch die Erziehung des Volkes zur Selbstverantwortung und zur Demokratie. Auf diesem Standpunkt stehe ich und steht die Staatsregierung, und davon werden wir uns nicht abbringen lassen, weder durch Drohungen von rechts noch von links. (Zischen bei den Deutschnationalen und Komm.) — Stürmischer Beifall bei der Mehrheit und Händeklatschen auf der Tribüne.)

(Fortsetzung des Landtagsberichts in der Beilage.)

---

minitski gutgeschrieben wurde. Doch war Hal gerne bereit, für die Vorzüge einer sauberen Wohnung und eines guten Essens zu zahlen. Zu seiner Belustigung sah er, daß er in den Augen seiner irischen Freunde durch sein Wohnen bei den Minettis an Kaste verlor. Scheinbar waren die sozialen Grenzen im Nord-Teil sehr streng. Die Amerikaner, Engländer und Schotten verachteten die Iren und Waliser, diese verachteten wiederum die Italiener und Spanier; Italiener und Spanier sahen auf Polen und Russen herab, die ihrerseits Griechen, Bulgaren und die „Monteneger" verachteten, und so ging dies durch alle Nationen, Letten, Slovaken, Armenier, Rumelier, Ruthenen — bis zu den Mexikanern, Negern, und den allerletzten, allerverachtetsten, den Japanern.

Diese oben erwähnte Tatsache entdeckte Hal, als er die Raffertys besuchte. Mary Burke befand sich eben dort und als sie ihn erblickte, blitzten ihre grauen Augen mutwillig auf. „Wie gehts, Herr Minetti?" rief sie.

„Wie geht es Ihnen, Fräulein Rosetti?" gab er die Neckerei zurück.

„Lieben Sie Spaghetti?"

„Sie nicht?"

„Ich sagte es Ihnen bereits," lachte das Mädchen. „Mir genügen die guten, alten Kartoffeln."

„Und wissen Sie auch noch," fragte Hal, „was ich Ihnen damals antwortete?"

Ja, sie wußte es noch; ihre Wangen nahmen die Farben der Rosenblätter an, die er als ihre würdige Nahrung bezeichnet hatte.

Und dann kamen noch die Rafferty-Kinder herzu, die sich inzwischen mit Hal angefreundet hatten: „Herr Minetti! Lieben Sie Spaghetti?"

Als Hal die Situation begriff, fühlte er sich versucht, sie daran zu erinnern, daß er zuerst bei den Irländern Quartier nehmen wollte, jedoch abgewiesen worden war; er fürchtete aber dadurch die Eltern Raffertys zu beleidigen und er gab deshalb statt dessen vor, daß er die Raffertys stets für Italiener gehalten habe. Er redete den alten Rafferty feierlich an, nannte ihn Signor Rafferty, mit italienischer Betonung, und dies belustigte den alten Mann derart, daß er darüber fast eine Stunde lang immer wieder lachte. Sein Herz taute dem lustigen, jungen Burschen gegenüber auf; er vergaß ein wenig seinen Verdacht, und nachdem die Kinder schlafen gegangen, erzählte er ziemlich offenherzig aus seinem Bergmannsleben.

(Fortsetzung folgt.)

Man färbe daheim nur mit echten Brauns'schen Stoffarben und fordere die lehrreiche Gratisbroschüre No. Z von Wilhelm Brauns, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Quedlinburg a. H.

Aus aller Welt.

Wien. Türkische Blutrache. In dem Speisesaal eines hiesigen Hotels ereignete sich gestern ein aufsehenerregender Vorfall. Gegen den früheren Polizeidirektor von Konstantinopel, Nadir Serbisch, wurde von dem türkischen Kaufmann Aschmed Mehmed ein Ueberfall aus Blutrache verübt. Der Genannte schleuderte gegen Serbisch Flaschen, Messer, Teller und verschiedene andere Gegenstände und brachte ihm dadurch zwei Schnittwunden bei. Einem 18jährigen Hochschüler wurde durch ein Wurfgeschoß der rechte Augapfel zertrümmert. Der Attentäter wurde verhaftet.

Kleines Feuilleton.

Konzertreise der Dresdener Philharmoniker in Schweden. Die Dresdener Philharmoniker, die am 8. April eine Konzertreise durch dreißig Städte Schwedens begonnen haben, sind, wie der „Telegraphen-Union" ein Telegramm meldet, bei der Ankunft in Schweden aufs herzlichste begrüßt worden. Sie haben bereits in Malmö, Lund usw. Symphoniekonzerte veranstaltet und mit Tschaikowskys fünfter und sechster Jupitersymphonie schöne Erfolge erzielt. Die Organisation des Tournees hat bisher gut geklappt. Den Mitgliedern des Orchesters macht die Reise anscheinend große Freude, vor allem weil sie Gelegenheit haben, bis in die äußersten Zipfel des schwedischen Landes gute Musik zu bringen.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Billiges gutes Fleisch. Aus Fleischerkreisen wird uns berichtet: Durch die in der letzten Zeit stark gestiegenen Frachten, sonstigen Unkosten und immer noch sehr hohen Einkaufspreise für lebendes Vieh kann für die nächste Zeit noch keine Senkung der Fleischpreise erreicht werden. Heute ist aber dem konsumierenden Publikum Gelegenheit gegeben, sich billiges gutes Fleisch zu beschaffen, denn in fast jeder Fleischerei ist jetzt Ochsenfleisch (Auslandsfleisch) in bester Qualität zu sehr billigen Preisen zu haben. Wir empfehlen von diesem Angebot reichlich Gebrauch zu machen, denn nur so ist es möglich, einen Preisdruck auf frisches Fleisch ausüben zu können.

Wann soll man Schuhwaren kaufen? Es ist eine feststehende Tatsache, daß vor den großen Festen, wie z. B. vor dem Pfingstfest, die Nachfrage nach Schuhwaren um so mehr steigt, je näher das Fest rückt. Die logische Folge ist, daß die Läger in den Geschäften sich vor den Festen leeren und die Auswahl mit jedem Tage geringer wird. Gerade bei Schuhwaren ist eine richtige Auswahl jedoch das wichtigste, es empfiehlt sich also, die Einkäufe rechtzeitig vorzunehmen. Es soll bei dieser Gelegenheit auf das heutige besonders günstige Angebot der Schuhwarenfabrik Conrad Tack & Cie. A.-G., Burg b. M., welche über 3000 Schuharbeiter und Angestellte beschäftigt und in unserer Stadt in dem Geschäft Schmeerstraße 1 eine Verkaufsstelle unterhält, hingewiesen werden. Diese Firma gibt auf Goodyear-Welt-Artikel (also Rahmenarbeit!) 10 Prozent Rabatt und zwar nicht etwa auf Restposten, sondern auf gute reguläre Ware. Aber nur kurze Zeit!

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lantzke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Här; für die Inserate Wilhelm Hertig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr 27

Wir bitten

unsere Leser und Leserinnen, sich bei Einkäufen auf die Anzeigen in der Volksstimme zu berufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210416-13/fragment/page=0003

Walhalla
Lichtspiel-Theater

Das Publikum filmt
unter persönlicher Leitung
Leo Peukerts
und Mitwirkung von
Berthold Rose und **Grete Flohr.**

Stürmische Lachsalven.

Jeden Abend wird aufgenommen, und am folgenden Abend vorgeführt.

Vorführung: Wochentags präzise 8 Uhr.
Vorführung: Sonntags präzise 5 Uhr u. 8 Uhr.
Kassenöffnung: Wochentags 5.30 Uhr.
" Sonntags 2.30 Uhr.

Vorher und nachher
Die Dreizehn aus Stahl
Sensationelles Detektivdrama in 6 Akten.
Vorführung: Wochentags 6 15. 9.00 Uhr.
" Sonntags 3.10. 6.05, 9,00 Uhr.

Modernes Theater
Neue Promenade 8.
Anfang 7½ Uhr.
Die führende Kleinkunst-Bühne.
Ganz Halle spricht von den
10 Attrakt. I. Rang.
Kabar. u. Variet.-Kräfte.

Trauring-Zentrale
jetzt
Leipzigerstr. 1.

Eigene Fabrikation, daher billigste Bezugsquelle.
Werkstatt m. elektr. Betrieb
R. Voss
Gold- u. Juwelen-Fabrikant.

Stempel aller Art liefert Otto Schneiders Stempelfabrik Halle S. Baumarktstraße 8

U.T.

Leipzigerstr. 88
Fernruf 1224.

Die Geliebte des Grafen Varenne.
Kriminalfilm nach einer wahren Begebenheit von F. Carlsen.
5 spannende Akte.
In den sensationellen Hauptrollen:
Lya Mara
Johs. Riemann, Hch. Peer
Vorführ.: 4.30 6.40 9.00

Nero, der Tryann von Rom
Lustspiel in 1 Akt.

Die Zaubergeige,
Scherenschnitt.

Von Schreibtisch u. Werkstatt

Beginn: Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.
Kleine Preise aufgehoben.

Alte Promenade 1a
Fernruf 5738.

Der Mann ohne Namen
Eine abenteuerliche Angelegenheit in 6 Teilen nach dem Roman „Peter Voss, d. Millionendieb" von Ewald Gerh. Seeliger.
Verfaßt von R. Liebmann und G. Jacoby.
Regie: G. Jacoby.
II. Teil:
Der Kaiser der Sahara.
Hauptrollen:
Harry Liedtke, Georg Alexander, Mady Christians, Lori Leux, Erich Kaiser-Titz.
Der II. Teil enthält eine kurze Wiedergabe des I. Teiles.
Vorführ.: 4.30 6.40 9.10.

Gerh. Dammann in dem Lustspiel
Alles um die Höflichkeit.
Die neuest. Wochenberichte
Beginn: Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.
Kleine Preise aufgehoben.

Stadt-Theater
Sonntag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr:
Zum Best. d. Kinderhilfe
Rotkäppchen
Kindermärchen Lustspiel v. Rob. Bürckner.
Abd. 6½. Ende 10 Uhr:
Lohengrin
von Rich. Wagner
Montag, d. 18. April 21, Anfg. 7. Ende 9¾ Uhr:
Martha.
Oper v. Flotow.

Apollo-Theater
Tägl. 7½
Heute zum 1. Male:
„Die Perle der Frauen"
Gaukelspiel in 3 Akten v. Fiedler.
Morgen u. folg. Tage: „Die Perle der Frauen"

Kaffeehaus Moritzburg
Kl. Ulric hstr. 22.
Täglich v. ½4 Uhr Konzert d. Kupfeld Phonolizzt-Violina.

Thaliatheater
Sonntag, d. 17. April 1921, abends 7 Uhr:
Doktor Klaus
Lustspiel v. L'Arronge

ZOO.
Sonntag, d. 17. April 21, nachm. 3½ Uhr
Konzert
vom Philharmonischen Orchester Leit. Obermusikm. Karl Steuer.
Nach den Konzert Ball.

Reichshof
Inhaber Edwin Hening.
alte Promenade 6.
Täglich von 4—7 und 8—11 Uhr
Vornehme Kaffeehausmusik.
außerdem Sonntags von 11—1 Uhr **Matinee.**

Licht-Spiele
Täglich
Der gefürchtete Meisterdetektiv
:: Harry Piel ::
in seinem neuesten Abenteuer
Der Reiter ohne Kopf - 3 Teile -
I. Teil: Die Todesfalle
in 6 gewaltigen Akten. — Ferner:
Karlchen, d. Riesenbaby
2 tolle Akte.
Sonntags:
Kassenöffnung 2½
Beginn: 3 Uhr.
Fernsprecher 4681.
Grosse Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Heidekrug Dölau
Schöner Garten, fl. Kaffee, Gebäck.
Spez. Fruchtweine. Aufmerksame Bedienung
Neuer Besitzer Fr. Trebstein.

Möbel
jeder Art
liefert sehr preiswert
G. Schaible
Möbelfabrik
Gr. Märkerstraße 26, am Ratskeller.

Mampes Gute Stube
(Leipziger Straße 85, früher Triumph-Automat).
Heute Sonnabend
Eröffnung

Kaffeehaus Roland,
Markt 23.
Täglich **Künstler-Konzert.**
Anfang abends ½8. Sonntag nachm. 4 Uhr.
Carl Lange.

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
Natürl. radiumhaltig. Solmiedebäder
Moor- u. medizinischen Bäder

B. B.B. Beth's Bunte Bühne
Vornehme Künstlerspiele.
Der vollständig neue glänzende
Attraktions-Spielplan
bestehend aus allerersten Kräften der
Kleinkunst-Bühne.

Auf **Teilzahlung**
liefern wir mit bunter Verglasung, moderne graue, weisse, birke, eiche, gestrichene
7 teilige
Küchen für 985 Mk.
Bequeme Zahlungsweise, die mögl. nach Wunsch der Käufer eingerichtet wird.

Gut gearbeitete billige
Küche für 875 M.
bestehend aus Schrank, Tisch, 2 Stühlen

Moderne lasierte
Küchen 1785 M.
m. Linoleum Tisch Schrank, Rahmen Bank, Halter 2 Stühle

Eichmann & Co.
gr. Ulrichstr. 51
Eingang Schulstr.

Um die Not in Wäsche zu lindern, habe ich mich entschlossen durch einen
Großen Sonder-Verkauf
meiner werten Kundschaft den Einkauf von
Bettwäsche
so zu erleichtern, dass es auch den Unbemittelsten möglich gemacht ist, seinen Bedarf bei mir zu decken. Durch Masseneinkäufe der Rohwaren und eigene Anfertigung bin ich in der Lage, die billigsten Tagespreise zu machen.

Ich biete an in der Woche
vom 18. bis 23. April

Bettbezug,	weiß, mit 2 Kissen	78—
Bettbezug,	weiß, mit 2 Kissen	90—
Bettbezug,	Linon. mit Kissen	98—
Bettbezug,	bunt, mit 2 Kissen	110—
Bettbezug,	geblümt, m. 2 Kissen	125—
Bettbezug,	weiß, mit 2 Kissen	135—
Bettbezug,	kariert, mit 2 Kissen	145—
Bettbezug	mit Paradekissen	160—
Bettbezug,	extra schwere Ware	175—
Bettbezug	mit Paradekissen	190—
Bettbezug,	Stangenleinen	225—
Bettlaken,	schöne Ware 45.—	38—
Bettlaken,	Haustuch 56.—	52
Bettlaken,	schwere Qualit. 68.—	62—
Bettlaken,	Halbleinen 90.—	78—
Bettlaken,	weiß u. bunt 85.— 78.—	70—

Die Bezüge sind alle 1½ schläfrig und zu extra großen Kissen verarbeitet, also nicht auf Kosten der billigen Preise besonders angefertigt.

Gelegenheitskaufhaus
Schmeerstr. 5, I. Fernspr. 1655.

Saalschlossbrauerei
Sonntag, von 3½ Uhr nachmittags an
GR. KONZERT Kapelle Kott.
Bei günstigem Wetter Konzert im Garten.
Von 7 Uhr ab **BALL.**

---

3 Könige
Bestes Familien-Varietee, Kleine Klausstr. 7.
Nach der Tagesarbeit die beste Unterhaltungsstätte durch das neue glänzende Programm
Sonnabend 3. Theaterabend.

Möbel-Transporte
von und nach allen Plätzen,
sowie
Wohnungstausch
durch
Wilhelm Lippert,
Inh. W. Cammerrath.
Spedition. Möbeltransport. Rollfuhrwerk.
Fleischerstr. 17. Tel. 6632.

Tafeldeck- u. Servierkursus
für junge Damen, Frauen und Mädchen beginnt am
Montag, den 18. April.
Tages- und Abendkurse Honorar ℳ 30—.
Alles Nähere Gr. Ulrichstr. 63 II.
Frau Berta **Linke,** Fachlehrerin

Die
Verfassung des Freistaats Preußen
vom 30. 11. 1920.
Textausgabe mit Einleitung von
Paul Hirsch.
Preis 2.50 Mark.
Buchhandlung der Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27.

Dantons Tod
Ein Drama von Georg Büchner.
Illustrierte Ausgabe.
Dieses unsterbliche Revolutionsdrama sollte von jedermann gekauft und gelesen werden. Dazu ohne Zweifel ist dieses Drama ein ausgezeichnetes Werk für jede Haus- und Vereinsbibliothek und deshalb zur allgemeinen Anschaffung empfohlen.
Fein kartoniert, illustriert, gedruckt auf holzfreies imitiertes Japan Mk 12.—
Verlag der Volksstimme,
Gr. Ulrichstraße 27.

Reinwollene Kleiderstoffe
gute Anzugstoffe neu eingetroffen
Sally Biletzky, Halle
Leipziger Straße 103, 1 Tr.
Leinen und Baumwollwaren
Engros und Detail.

Lederpantoffel
in nur guter Qualität, holzgenagelt und durchgenäht mit und ohne Polster sowie
Handwerkerschuhe
offeriert zu den billigsten Preisen
Lederpantoffel-Versandhaus, Halle a. S., Steinweg 24.
Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210416-13/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Distriktsversammlungen!

6. Distrikt. Sonnabend, abends 7½ Uhr, Restaurant „Bürgerkasino". Bertramstraße.

12. und 13. Distrikt. Die Versammlung ist **verlegt** auf **Donnerstag**, den 21. April, abends ½8 Uhr in der Aktienbrauerei.

20. Distrikt. Cröllwitz, Dienstag, abends 7½ Uhr, Restaurant „Bergschenke".

Frauenversammlung der SPD. Dienstag, den 19. April, abends 7½ Uhr findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine Frauen-Mitgliederversammlung statt. Thema: „Die Aufgaben der Frau in Staat und Gemeinde." Referent Genosse Undeutsch. Die Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand.

Jungsozialisten. Die Genossinnen und Genossen treffen sich am Sonntag, den 17. April, 10½ Uhr am Hauptbahnhof. Abfahrt 11.16 Uhr nach Naundorf zum Sängerfest. **Der Vorstand.**

Die Arbeiter-Jugend unternimmt am kommenden Sonntag einen Tagesausflug nach Closchwitz. Abmarsch erfolgt morgens 6 Uhr für die Nordgruppe von der Cröllwitzer Brücke, für die Südgruppe vom Marktplatz. **Der Vorstand.**

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Freier Sängerchor Halle. Wegen voraussichtlich ungünstigem Wetter Abfahrt nach Nauendorf zum Konzert allgemein 3.33 Uhr nachmittags. Treffpunkt 3¼ Uhr Hauptbahnhof. Rückfahrtgelegenheit von Nauendorf 9.07 und 12.03 Uhr. Die Parteigenossen nebst Angehörigen sind zu dem Ausflug eingeladen.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 16. April 1921.

„Die Frauenwelt".
kann Umstände halber erst am Dienstag erscheinen.

Die Redaktion.

Galopputeile des Sondergerichtes.

Die Herren Richter urteilen mit rasender Schnelligkeit; in 10 Minuten wird über ein ganzes Menschenschicksal entschieden. Methode: Pardon wird nicht gegeben! Oder: Es muß ein Exempel statuiert werden! Beim Hallischen Sondergericht nämlich. Gestern wurde zunächst gegen den aus Bayern gebürtigen 20 Jahre alten Arbeiter Max Brennig aus Wansleben, der zuletzt auf dem Kaliwerk Neumansfeld beschäftigt war, verhandelt. Die Anklage berief sich auf die Paragraphen betr. Anschluß an bewaffnete Haufen. Es stellte sich aber heraus, daß Brennig von den Roten aufgegriffen, nach dem bekannten Bowitzkischen Erlaß (wer nicht mitmacht, wird erschossen!) in die Rote Armee zwangsweise eingereiht worden war. Er hat an keiner Kampfhandlung teilgenommen, keinen Schuß abgegeben, ja er versuchte sogar, viermal die Flucht zu ergreifen. Trotzdem wollte ihn der Herr Staatsanwalt absolut verknaxen, wozu ihm der Herr Verteidiger (der ausdrücklich betonte, daß er „nur" Offizialverteidiger war) in liebenswürdiger Weise die Steigbügel hielt. Ja, diese ganze Verhandlung war eine so blutige Satire, daß man meinen konnte: Der Herr Staatsanwalt habe die Verteidigung und der Herr Verteidiger die Anklage übernommen. Denn Herr Rechtsanwalt Bennewitz — ich kann den Namen trotz ausdrücklichen Wunsches der Verteidigung nicht verschweigen — machte aus seiner stramm deutschnationalen Gesinnung kein Hehl und versuchte dem Angeklagten, anstatt ihn zu entschuldigen, durch allerlei verfängliche Fragen eine Falle zu stellen. Der naive und junge Brennig, der ganz gewiß nicht den Eindruck eines hochrevolutionären Banditen machte, war ganz sprachlos vor Schmerz, als er hörte, daß er nach Paragraph so und so viel, Paragraph so und so viel und noch ein halbes Dutzend anderen Paragraphen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt war.

Wilhelm Lehmann, der im Leunawerke gezwungen wurde, ein Lastauto der Roten Armee zu bepanzern, wurde, da das Gericht glaubte, Lehmann sei freiwillig im Werke verblieben und habe sich also absichtlich in Gefahr begeben, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Der Angeklagte Reinhold Hühnerbein, der von der Schutzpolizei aus Langenbrücken mitgenommen worden war, obwohl sich ihm — wie die heutige Verhandlung ergab — nichts zur Last legen läßt, wurde vom Richter einstweilen aus der Haft entlassen. Das Verfahren gegen ihn wird an einem späteren Termin noch seine Klärung erfahren. **Aber festgehalten wurde er bis heute!!**

Gerhard Züchner, ein früherer Reichswehrsoldat, der auf der Suche nach Arbeit bei Gröbers in die Hände der Aufständigen fiel und gezwungen ward, mit ihnen auf dem Auto nach Beesenstedt zu fahren, wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hat an den Plünderungen und Kampfhandlungen der Bande nicht teilgenommen. Doch glaubte das Gericht, daß es ihm sehr wohl möglich gewesen wäre, unterwegs zu entfliehen. Der Angeklagte (20 Jahre alt) hat aber selbst angegeben, daß man ihm mehrere Male den Revolver vor die Brust gesetzt hat und für den Fall eines Fluchtversuches drohte, ihm eine Kugel „in den A . . ." zu schießen. Können sich nun die Herren Richter so wenig in die Psyche dieses jungen, nicht allzu intelligenten Mannes versetzen, als daß sie nicht einzusehen vermöchten, daß er durch diesen Terror alle Berechnung und Besinnung verloren hat?! — Uebrigens fand Herr Verteidiger Bennewitz bei dieser Anklage zum ersten Male etwas wärmere Töne. Seine ganzen Milderungsargumente bestanden darin, festzustellen, daß Züchner — — 1½ Jahr Reichswehrsoldat gewesen ist.

Als interessanten Abschluß dieser katastrophalen Rechtsprechung darf man die Verurteilung des von Hölz persönlich terrorisierten Maschinenheizers Wirsky ansehen. Dieser wurde — wie der Postmeister von Ammendorf und Herr Fabrikant Jakob eidlich bezeugten — von Hölz zum Kampfdienste gezwungen, hat nicht geschossen und sich — wie Jakob ebenfalls aussagte — bei den Ammendorfer Räubereien vollkommen passiv, ja sogar im Sinne der Zeugen benommen. Seine Schuld? Er soll die Gelegenheit zur Flucht nicht benutzt haben. Es zeigte sich aber, daß er gar keine Gelegenheit zur Flucht erkannte. Der Angeklagte ist — wie Verteidiger und Ankläger zugeben — ein anständiger, fleißiger Mann, 20 Jahre alt, noch nicht vorbestraft. Urteil: 2 Jahre Gefängnis.

So werden von dem Sondergericht schematisch nach Paragraphen ganze Menschenschicksale ruiniert. Die ganze gestrige Versammlung trof nur bedauernswerte Opfer der Zeitumstände; einer der kommunistischen Führer oder Hetzer erschien nicht auf der Anklagebank. „Es rast der See, er will sein Opfer haben." Der See ist die Reaktion. — **Darum fort mit den Sondergerichten!** H-r.

Die künftige Kohlenbelieferung.

Die Ortskohlenstelle gibt bekannt:

1. Auf Grund der Verordnung vom 11. 4. 21 über die Kohlenversorgung für den Stadtkreis Halle a. S. in der Zeit vom 1. 5. 21 bis 30. 4. 22 erhalten die Haushaltungen in der Zeit vom 18. bis 23. April 1921 in den Brotmarkenausgabestellen an den für die Markenausgabe festgesetzten Tagen je eine Kohlenkarte über 30 Ztr. Briketts und 500 Stück Naßpreßsteine und zwar gegen Vorlage des Lebensmittelscheines.

Empfänger von Deputatkohlen sind vom Bezuge jeder Art Brennstoffe durch die Ortskohlenstelle ganz und dauernd ausgeschlossen und demzufolge zur Empfangnahme einer Kohlenkarte nicht berechtigt.

2. Die Kohlenkarten einschließlich der anhängenden Abschnitte sind vor der Abgabe an die Kohlenhandlungen genau und deutlich auszufüllen. Die Verbraucher haben ihre Anmeldungen bei den Kohlenhandlungen sofort nach Empfangnahme der Karten zu bewirken. Für minderbemittelte Verbraucher, die im städtischen Kleinverkauf die Kohlen beziehen wollen, erfolgt die Anmeldung in den städtischen Verkaufsstellen Roßplatz und Seebener Str. 18 (jetzt 31).

3. Alle Kohlenhandlungen haben die den Kohlenkarten anhängenden Abschnitte bis zum 15. 5. 21 der Ortskohlenstelle einzureichen. Großhandler haben hierzu die „Erläuterung zur Wochenmeldung" zu benutzen.

4. Die Belieferungsfrist ist aus der Kohlenkarte ersichtlich. Die Verbraucher sind verpflichtet, ihren Bedarf bei demjenigen Händler zu decken, bei dem sie als Kunden angemeldet sind. Die Händler sind verpflichtet, den angemeldeten Kunden, soweit Vorräte vorhanden sind, mindestens ½ Ztr. Briketts zu verabfolgen. Die Versorgung der Kleinverbraucher darf durch die Belieferung der Kunden mit Anlieferung frei Gelaß nicht beeinträchtigt bzw. benachteiligt werden.

Die Abgabe von Kohlen auf abgetrennte oder verfallene Marken ist verboten.

5. Die gewerblichen Verbraucher erhalten die Kohlenbezugsscheine wie bisher im Zimmer 1a der Ortskohlenstelle.

6. Sparsamster Verbrauch aller Brennstoffe ist notwendig.

7. Die Abteilung für Haushaltungen bei der Ortskohlenstelle (Zimmer 6) bleibt bis einschließlich 25. April 21 geschlossen.

Landbezugsscheine an die Haushaltungen können vorläufig nicht ausgegeben werden.

8. Diese Bestimmungen gelten als Ergänzung der oben bezeichneten Verordnung. Zuwiderhandlungen unterliegen den darin enthaltenen Strafbestimmungen.

Wie die „Hallesche Zeitung" die öffentliche Meinung vergiftet,

darüber haben wir schon oft berichten können. Mit der gegenwärtigen Hetze gegen unseren Gen. Hörsing aber setzt sich dieses Sudelblatt selbst die Krone auf. Sich sachlich mit der wüsten Schmiererei der „H. Ztg." zu befassen, wäre Selbstbeschmutzung. Wir stellen nur die elende, auf tiefstem politischen Niveau stehende Hetze fest. Das Gift, welches die „H. Ztg." jeden Tag in die Köpfe ihrer bemitleidenswerten Leser spritzt, ist ebenso gefährlich, wie die blutrünstigen Aufrufe der Roten Fahne und des Klassenkampfes. Hier wird eine unaufgeklärte Proletarierschicht, dort engstirnige Reaktionäre und politische Waschweiber mit ihrer ganzen Korona aufgeputscht. Langsam wirkendes, aber um so schädlicheres Gift strömt von beiden Arten der politischen Marodeure aus.

In einem gestrigen Artikel leistete sich die „H. Ztg." folgende Gegenüberstellung: „Man macht im Leben nicht selten die Beobachtung, daß ein Verbrecher, der aus Gründen äußerer Reputation Wert darauf legen muß, ein anständiger Mensch zu sein, durch nichts so leicht aus der Fassung gebracht werden kann, als wenn bei offiziellen Gelegenheiten öffentlich Zweifel an seiner Ehrenhaftigkeit geäußert wreden. Was Hörsing und Kasparek gestern auf die, wie gesagt, sehr schonenden Anklagen Dr. Stanzes vorbrachten, verriet nur allzu deutlich ihr Schuldbewußtsein . . ."

Hier werden also Gen. Hörsing und der unabh. Landrat Kasparek ganz offen als gewöhnliche Verbrecher hingestellt. Kommt jedem anständigen Menschen über diese Glanzleistung des Journalismus der Ekel an und glaubt er, daß das die Höhe im schamlosen Dreckwerfen ist, so gibt er sich damit einer Täuschung hin. Die edle Seele in der „H. Ztg." steigert sich noch zu folgendem Erguß: „Aus seinen Worten (Hörsings. D. R.) spricht aber ein Zynismus, der nur noch von Massenmördern und Menschenschlächtern, wie Sinowjew-Apfelbaum, übertroffen werden kann. Und wenn Leute wie Hörsing und Severing noch länger am Ruder bleiben sollten, dann werden Negerrepubliken, wie Haiti und Costarico, in denen alle Augenblicke ein Aufstand niedergeschlagen werden muß, bald die musterhaftesten Ordnungsstaaten sein."

Die heuchlerische deutschnationale Zeitung macht Glossen über die vielen Aufstände und hat im vergangenen Jahre den Kapp-Putsch nicht nur mit herbeirufen helfen, sondern in aller Form unterstützt.

Der Flugplatz zu Wohnungszwecken freigegeben.

Ein großer Teil der hallischen Einwohnerschaft wird sich schon des öfteren gesagt haben, wie es volkswirtschaftlich zu verantworten ist, daß bei der herrschenden Wohnungsnot die Unterkunftsräume auf dem hiesigen Flugplatz immer noch unbenutzt dastehen.

Die Mitteldeutsche Bauzentrale, gemeinnützige Zentralgenossenschaft für das mitteldeutsche Baugewerbe, Halle a. Saale, Marktplatz 6, welche auf dem technischen Teil des Flugplatzes schon seit geraumer Zeit eine großzügige Baufabrik betreibt, hat jetzt vom Reichsschatzministerium die Genehmigung erhalten, das Unterkunftslager des Flugplatzes, der Wohnungsnot gehorchend, entsprechend umzubauen. Da die Anlage zum rentierlichen Wohnungswert beim Reichsschatzministerium verzinst werden muß, sind zum Ausbau der militärischen Gebäude zu Wohnungen vom preußischen Wohlfahrtsministerium die erforderlichen Kostenzuschüsse zugesagt, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Stadt Halle den ihr zufallenden Teil trägt. Mit ganz geringen Mitteln lassen sich daher ca. **100 Wohnungen** schaffen. An der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat wird es nun liegen, daß die fraglichen Zuschüsse umgehend bewilligt werden, damit unverzüglich der Ausbau der Gebäude vor sich gehen kann. Die Bauzentrale will ihre auf dem Flugplatz beschäftigten Leute dann in die Wohnungen ziehen lassen und die dadurch in der Stadt freiwerdenden Wohnungen dem Wohnungsamt zur Verfügung stellen.

Ganz Halle filmt.

Leo Peukert hat im Walhalla-Theater sein Lager aufgeschlagen. Er hat es — wie er dem Publikum zur Aufmunterung glaubhaft machen will — satt, sich auf die Leinwand werfen zu lassen, er will nun andere „werfen" und neue „Filmstars" entdecken. Na, vielleicht schlummert in manchem jungen Hallenser oder mancher jungen Hallenserin ein verborgenes Talent. — Schon beim Auftreten wurde der beliebte Lustspieldarsteller mit stürmischem Beifall begrüßt. Als es nun in seiner Antrittsrede von Witzen nur so wippte, war die Begeisterung — namentlich der jungen Damen! — den Filmstern in eigener Person vor sich zu sehen, grenzenlos. — Peukert hat einen Stab von Operateuren, Theaterfriseuren und die beiden Hauptdarsteller Berthold Roß und Grete Flohr mitgebracht. Rasch entwickelte er sein Programm. Jeden Tag soll eine Szene des Lustspiels „Piefke auf Reisen" gekurbelt und am nächsten Tage vorgeführt werden. In vierzehn Tagen wird das ganze Lustspiel gekurbelt sein. Darsteller: das hallische Publikum. Es eilte denn auch aus Parkett, Loge und Rang herbei, um sich auf der zappelnden Leinwand zu sehen. Rasch las Peukert die geeigneten Typen aus, studierte die erste Szene ein und schon wurde das Bild aufgenommen. Daß es dabei zu den urkomischsten Szenen kam, läßt sich denken. — So, wenn Peukert einer jungen Hallenserin eröffnete, daß sie in dem Film einen Kuß bekommen werde, daß man im Film aber oft — wie er ihr zeigte — einen Theaterkuß markiere und er ihr schließlich aber doch einen — richtigen Kuß gab. Eine andere Dame sollte in ihm einen gemeinen Charakter erblicken, der zwei Bräute nebeneinander habe. Nun sollte sie ihn in der Leipziger Straße mit einer dritten Braut sehen und ihr energisches Dazwischentreten dem staunenden Publikum vorführen. Sie hat nach hallischer Art dem „Bräutigam" so tüchtig auf die Schulter geklopft, daß Peukert behauptet, vierzehn Tage lang an Muskelverrenkung zu leiden. — Die Aufnahme der Szene klappte; heute wird das Gekurbelte im Film vorgeführt werden. Darum genug für heute. Wie das hallische Publikum im Film aussieht, werden wir noch berichten. H—r.

Ist die Höchstmietenverordnung rechtsgültig? Die Hausbesitzerorganisationen behaupten, trotz der vom Reichsjustizministerium im Reichstag abgegebenen, im Justizministerialblatt unter dem 24. Dezember 1920 veröffentlichten Erklärung, den Mietern gegenüber immer noch, daß die Höchstmietenverordnung rechtsungültig sei. Demgegenüber erfahren die „P. P. N." von gutinformierter juristischer Seite, daß der größte Teil der Landgerichte die Rechtsgültigkeit der Verordnung bereits bejaht hat. In einem Urteil vom 1. Februar 1921 hat auch das Oberlandesgericht Celle in längeren rechtlichen Ausführungen, die eingehend auf die Einwände der Hausbesitzerorganisationen zurückkommen, dargelegt, daß ein Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Verordnung, insbesondere auch des § 6, gar nicht möglich sei. Ausdrücklich weist auch das Oberlandesgericht darauf hin, daß die durch das Reichsgesetz vom 11. Mai erfolgte Bestätigung der Verordnung nicht erforderlich gewesen sei.

Kinderhilfe. Schulausschuß. Damit auch das Kind am Kinde helfe, haben sich die besten Sänger und Sängerinen aus Volks-, Mittel- und höheren Schulen zusammengeschlossen unter Leitung des Chordirektors Klanert. Sie veranstalten Mittwoch, den 20. April, abends 7½ Uhr in dem großen Saale der Loge „Zu den drei Degen" ein Konzert, bei dem Proben der Chorliteratur geboten werden, Chöre von Kreutzer, Weber, Mendelssohn-Bartholdy, Silcher und Franz. Es ist das erste Mal, daß ein solcher Chor sich hören läßt; daher kann die Veranstaltung auf ein reges Interesse hoffen. In diesem Konzert trägt ferner Frl. Ursula Meyer Volkslieder und Gesänge von Brahms, Mozart, Schubert, Franz und Rubinstein vor. Das Mittelstück des Ganzen bildete das selten gespielte, entzückende Trio in Es-Dur für Klavier, Klarinette und Viole von Mozart, das von den Herren Karl Klanert, Max Baum vom Stadttheaterorchester und Karl Eckstein gespielt wird. Die Eintrittspreise betragen 5 Mark, 3 und 2 Mark. Die Karten sind im Vorverkauf in der Musikalienhandlung von Heinrich Hothan zu haben.

Mutterschulkursus des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Mittwoch, den 4. Mai, beginnt ein neuer Kursus. Er steht unter ärztlicher Leitung und wird im Bundes-Säuglingsheim, Belfortstr. 3, in Cröllwitz abgehalten. Anmeldungen zu diesem Kursus sind umgehend Belfortstr. 3 zu bewirken.

Säuglingsheim des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Der Gesangverein Cröllwitzer Liedertafel, gegr. im Jahre 1870, Leitung Herr Gesanglehrer Gustav Lissel, veranstaltet mit einem Sängerchor von 60 Mann am 28. April, abends 7 Uhr, im Etablissement Bergschenke Cröllwitz ein zweites Wohltätigkeitskonzert zum Besten des Säuglings- und Kinderheims in Cröllwitz. Mitwirkende die Konzertsängerin Frl. Else Martin Sopran, am Klavier Herr Gesanglehrer Gustav Lissel, das Cröllwitzer Männer-Quartett und das Görlach-Orchester. — Programme im Vorverkauf 2.50, an der Kasse 3 Mk., sind in der Musikalienhandlung von Manthey, bei den Mitgliedern und im Zigarrengeschäft von Reinhold Kahl, Brugstr., zu haben.

Holzarbeiter, die auf dem Boden des A. D. G. B. stehen und Gegner der Moskauer Taktik sind, werden hiermit zu einer am Montag, dem 18. April, abends 6½ Uhr, im Wilsdorfschen Gesellschaftshaus, Karlstraße 14, stattfindenden wichtigen Besprechung eingeladen.

Stadttheater. Heute, Sonnabend, abends 7 Uhr, wird Lortzings Oper „Undine" wiederholt. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, geht zum Besten der Kinderhilfe das Kindermärchen-Lustspiel „Rotkäppchen" von Robert Bürkner in Szene. Sonntags, abends 6½ Uhr, gelangt Richard Wagners „Lohengrin" zur Aufführung. Der Spielplan der kommenden Woche bringt am Montag, abends 7 Uhr, „Martha", Dienstag, „Hamlet" Mittwoch, „Lohengrin", Donnerstag, „Hamlet", Freitag, „Undine" Sonnabend „Wenn Liebe erwacht."

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7 Uhr, das Lustspiel „Doktor Klaus" von L'Arronge zur Aufführung. Eintrittskarten sind zu haben an der Kasse des Stadttheaters sowie eine halbe Stunde vor Beginn der Aufführung im Thalia-Theater.

Freie Volksbühne Halle. 5. Werk (Uriel Acosta), Anfang 7 Uhr. Spieltage: J: Sonnabend, den 16., K: Montag, den 18., L. und M: Mittwoch, den 20. April.

Apollotheater. Für heute, Sonnabend, ist die Uraufführung des Vaudevilles „Die Perle der Frauen" angesetzt; das Textbuch stammt aus der Feder des bekannten Librettisten Richard Keßler, die Musik hat ein junger dänischer Komponist Hans Fiedler geschrieben. Wie hoch, sowohl im Inland wie auch im Ausland, der Name Direktor Walter Steinert als erstklassiger Operettenleiter bewertet ist, beweist, daß der bekannte Impresario Paulini ihm die Uraufführung des Werkes angeboten hat. Dichter und Komponist weilen schon seit einigen Tagen in Halle, um persönlich an den letzten Proben teilzunehmen. Die Besetzung an unserer Operettenbühne ist erstklassig. Die musikalische Leitung und Einstudierung besorgt Kapellmeister Carl Röhren. **Am Sonntag und den folgenden Tagen wird „Perle der Frauen wiederholt. Die Operettenspielzeit schließt am 30. April.**

Zoologischer Garten. Morgen, Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, findet Konzert **vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Steuer statt. Nach dem Konzert Ball.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210416-13/fragment/page=0005
DFG

Die Debatte im Provinziallandtag über den mitteldeutschen Aufruhr.

Abfuhr der deutschnationalen Angriffe — Kaspareks Verteidigung — Ablehnung des Antrages auf Beseitigung des Belagerungszustandes.

(Fortsetzung der Donnerstags-Sitzung des Provinziallandtages.)

Abg. Dr. Zehle (D. V.) stellt sich als unparteiisch hin, da er nicht im Aufruhrgebiet gewesen sei. Er und seine Parteigenossen fühlen sich ebenfalls als Vertreter der Arbeiter. (Gelächter. Protest gemeint ist Treter der Arbeiterschaft. D. V.) Redner behauptet, daß Ruhe noch lange nicht eingetreten sei und fordert lächerlicherweise Beschleunigung der Entwaffnungsaktion. (Zurufe Orgesch.) Im selben Atem fordert er Flurschutz, wie in Anhalt, zum Schutz der Arbeiter vor ihren eigenen Kollegen. (Lärm bei den Kommunisten.) Er fordert Sicherung der großen Betriebe und greift den Gen. Hörsing an, viel zu schwach und viel zu spät eingegriffen zu haben. Vor allen Dingen legt der Redner wegen der Nichtanwesenheit des Gen. Hörsing ein seltsames Benehmen an den Tag. Er verwirft es, in der Stunde der höchsten Not berichtet zu haben, daß im Kreise Sangerhausen alles ruhig sei. Weiter behauptet der Redner, Kasparek habe bereits am 6. Februar in einer Wählerversammlung gesagt, wenn die Veilchen blühen, dann werden die Maschinengewehre knattern und die Kanonen brüllen. Redner ist gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes und gegen die Haftentlassung. Die Kapp-Putschisten versucht er als Idealisten vom reinsten Wasser hinzustellen, da sie nicht gemordet usw. haben. Er fordert im Namen seiner Partei Ablehnung der Anträge.

Abg. von Krause (Dem.) tritt im Namen der Zentrums- und Demokratenfraktion den beiden Anträgen entgegen.

Abg. Tominski (Komm.) berichtet, daß ein Sipooberleutnant verhaftet worden sei, weil er in Eisleben einen Weinkeller ausgeraubt und einen Perserteppich gestohlen habe. Versucht die Todenverstümmelungen bei Gröbers zu widerlegen, Kommunisten seien nicht daran beteiligt gewesen.

Darauf folgt die Rede des Oberpräsidenten Hörsing, welche wir jedoch bereits gestern brachten.

Abg. Dr. Stanze (Dn.) beschwert sich, daß der Genosse Hörsing nicht auf die Nachrichten von rechts eingegangen sei, sondern sie als Bürger zweiter Klasse behandelt habe. Er fragt an, was Landrat Kasparek über die Zustände in Sangerhausen gemeldet habe. Er teilt mit, daß der Landrat Kasparek zu Franzke (Komm.) gesagt hat, der Bürgermeister Gründlich (Soz.) wolle Schupo, er sei jedoch dagegen. Der Panzerzug der Württemberger habe Sangerhausen gerettet und vor Plünderung geschützt. Er fordert weiter energisch stärkeren Einsatz der Reichswehr, vor allen Dingen Einrichtung von Selbstschutz, da die Staatsgewalt zu schwach sei. Er findet es haarsträubend, daß angesichts der drohenden außenpolitischen Lage der Aufstand in Mitteldeutschland inszeniert wurde. Seiner Partei läge nichts an einem Aufstand, wie ihr nachgesagt werde. Sie wolle ihr Ziel auf gesetzmäßigem Wege erreichen. (Das glaubt der Redner allein nicht. D. R.) Man solle den Klassenkampf beseitigen und für eine allgemeine Versöhnung eintreten.

Darauf ergreift Gen. Bergemann das Wort. Er führt aus, daß vor 10 Jahren es niemand gewagt hätte, gegen den Oberpräsidenten ein derartiges Benehmen an den Tag zu legen, wie Dr. Zehle. Er wäre nicht persönlich gekommen, sondern hätte einen Regierungsrat geschickt, der dem Hause mitgeteilt hätte, daß es der Herr Oberpräsident ablehne, auf derartige Anpöbeleien einzugehen. Der Enderfolg wäre gewesen, die Herren von der Rechten hätten noch einen Bückling vor der verschlossenen Türe des Herrn Oberpräsidenten gemacht. Das Benehmen der Rechten habe System, man prügelt den Genossen Hörsing und meine damit die demokratische Verwaltung. Das zeige sehr deutlich der Ausspruch der „Hall. Zeitung" anläßlich der Landeshauptmannswahl: „Das ist ein Tischlergeselle, den man zum Landeshauptmann gemacht habe." Die Rechtspresse hetzt noch viel mehr wie die Linke. Auch er steht auf dem Standpunkt, daß der Einsatz von Reichswehr einen Bürgerkrieg gebracht hätte, das würde jedoch angesichts der außenpolitischen Lage die Auflösung des Deutschen Reiches herbeigeführt haben.

Genosse Hörsing ist derjenige gewesen, der durch seine musterhafte Aktion Deutschland gerettet hat.

Die Kommunisten haben den Arbeitern durch diesen Putsch den schlechtesten Dienst erwiesen, den sie erweisen konnten. Ein Bogen gehe von der Rechten bis zur Linken. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Kommunisten und Deutschnationalen ist nicht zu finden. Beide bedrohen die Staatsautorität. Nur durch Demokratie ist es möglich, zum Sozialismus zu kommen.

Landrat Kasparek weist darauf hin, daß im vorigen Jahr dieselbe Debatte stattgefunden habe, nur mit veränderten Rollen. Der Angriff der Rechten gehe nicht nur auf die Demokratie, sondern überhaupt auf das neue Preußen, das den Herren von der Rechten nicht genehm sei. Bei vergangenem Putsch sei unendlich viel gelogen worden, doch bei diesem habe die Rechtspresse sich in Lügereien noch viel, viel mehr geleistet. In Sangerhausen war Ruhe, es lag keine Veranlassung vor, einzugreifen. Ja, es wurde bis auf einige kleine Ausnahmen nicht einmal gestreikt. Arbeiter haben an einer Stelle von einem Deutschnationalen Lebensmittel gefordert, die dieser freiwillig gab. Die Rechtspresse konnte nichts eiligeres tun als daraus eine Plünderung zu machen. Im Einvernehmen mit der maßgebenden Stelle habe er keine Sipo kommen lassen. Die Regierung in Merseburg habe ihm versichert, daß Gefahr nicht vorliege. Es sei ihm unoffiziell mitgeteilt worden, es habe in Sangerhausen eine kommunistische Versammlung stattgefunden, die beschlossen habe, nach Eisleben zu ziehen und Lebensmittel für die Einwohner von Sangerhausen zu requirieren. Das Gerücht war falsch. Da er sein Auto habe vorher auseinander nehmen lassen, wurde daraus geleitet, er stecke mit den Kommunisten unter einer Decke. Am 6. Februar habe er die angebene Wahlversammlung überhaupt nicht gehalten, außerdem sei er auch nicht so dumm, in einer Wahlversammlung von brüllenden Geschützen und so weiter zu erzählen. Die Frankfurter Zeitung ist sogar so weit gegangen, zu behaupten, er habe selbst mit geplündert. Der Vorwurf, daß er mit Franzke paktiert, treffe ihn nicht, im übrigen sei es ihm lieber, mit einem Kommunisten zu paktieren, als mit einem Waggon Deutschnationalen. Für die Ankunft des Hölz könne er auch nicht, denn dieser habe sich bei ihm nicht vorneweg angemeldet. Er behauptet, daß viel vermieden worden wäre, wenn die Besatzung des Panzerzuges, die übrigens nur verkappte Orgesch war, denn sie kam mit schwarzweißroter Flagge dahergefahren, die Stadt besetzt hätte. Die zurückbleibenden Deutschnationalen haben in einem Plakat angekündigt, daß sie das Lösegeld in Gold zahlen wollten. (Das Gold gehört ja dem Vaterlande.) Der Sangerhäuser Postdirektor hat 200 000 Mark Postgelder, die er in Sicherheit bringen sollte, für sich als Lösegeld bezahlt. An der Aufhetzung haben die deutschnationalen Führer ein großes Teil Schuld. Er empfiehlt, den Belagerungszustand aufzuheben, da sich die Kommunisten, die sich von ihrer Partei abgewendet hätten, sonst wieder zurückwenden würden.

Darauf ergreift Genosse Oberpräsident Hörsing noch einmal das Wort. Er stellt zunächst fest, daß der Abg. Dr. Schanze alles ins Gegenteil verdreht habe. Er beweist nochmals, daß es ein Wahnsinn gewesen wäre, wenn die Polizei, wie es die Herren von rechts wünschten, angekommen wäre und losgeschossen hätte. Die Behauptung, daß in Sangerhausen auf dem Kirchturm ein Maschinengewehr gestanden hätte, ist glatt erlogen. Die Schauergeschichten des Herrn Dr. Schanze sind aus der Luft gegriffen. Hölz sei kein Ruhmesblatt für die Kommunisten. Gen. Hörsing sieht sich veranlaßt, den Landrat Kasparek, obwohl er kein politischer Freund von ihm ist, seine Anerkennung zu zollen. Es sei ihm unmöglich gewesen, Sangerhausen zu entsetzen, da keine Eisenbahnverbindung vorhanden gewesen sei. Die Behauptung des Herrn Schanze habe er brav aus seiner Presse abgelesen. Es sei nicht möglich gewesen, wie es Herr Dr. Schanze verlange, alle Dörfer mit einmal zu besetzen. Dazu habe eine Streitmacht gehört, die größer sei, als die des ganzen Deutschen Reiches. Im übrigen sei in keinem Dorfe eine Bande länger gewesen als 18 Stunden. Durch die fortgesetzten Angriffe von rechts wurde die Polizei, die ihre Aufgabe glänzend ausgeführt habe, dauernd beleidigt. Drei Tage, nachdem der Aufstand niedergeworfen worden war, habe er vom Landbund Mansfeld ein Telegramm gefunden, daß man, falls keine Sipo hinkomme, einen Selbstschutz gründen würde. Er habe noch 25 Telegramme genau desselben Textes bekommen. Es hat den Anschein, als ob der Landbund der Provinz Sachsen diese Telegramme alle herausgegeben habe. Er habe 2 Tage den deutschnationalen Nachrichten gefolgt, am dritten Tage mußte er jedoch entdecken, daß zehn davon nicht wahr seien. Wäre er weiter gefolgt, so wäre das Ende ein Blutbad gewesen. Seine Freunde von der SPD. und einige aufrechte Demokraten hätten die Situation gerettet. Die Deutschnationalen haben geglaubt, einen zweiten Kapp-Putsch inszenieren zu können. Es sei ein Glück gewesen, daß keine Beamten vom alten Stil in politischen Stellen gesessen haben, denn das alte System habe die Beamten zu politischen Krüppeln gemacht. Er bittet den Antrag der VKPD. und USP. abzulehnen, es wäre vor der Hand noch nicht möglich, den Belagerungszustand aufzuheben.

Schluß der Sitzung 2,05 Uhr.

•

Nachmittagssitzung.

4,40 Uhr wird die Nachmittagssitzung eröffnet.

Als erster meldet sich zum Wort der Abg. Bach (USPD.) Er fordert noch einmal, den Ausnahmezustand aufzuheben, denn er würde auf die Dauer lästig. So seien z. B. Flugblätter der USPD., die sich gegen die Putschtaktik der KPD. wehren, beschlagnahmt worden. Er empfiehlt den Antrag seiner Partei zur Annahme.

Darauf ergreift Abg. Selte (D. V.) das Wort. Er teilt mit, daß Dr. Schanze kein Material weiter aufrecht halte. Er behauptet, daß die von Hörsing gefundenen Waffen für die Kreisräte gewesen seien. (Stimmt nicht.) Ferner sagt er, es gäbe keinen Rechtsputsch. Ja, seine Partei lehne ihn sogar aufs schärfste ab. (Na, na!)

Die Anträge der VKPD. und USPD. werden abgelehnt. Punkt 3 der Tagesordnung wird nicht verhandelt. Ein Antrag der SPD. um Ueberweis an den Haushaltsausschuß wird angenommen. Zu Punkt 4 der Tagung referiert Genosse Bergemann. Es handelt sich um die

Besoldung der Provinzialbeamten.

Man hat ihnen bessere Aufstiegmöglichkeiten, als wie sie beim Staat der Fall sind, gegeben. Weiter hat man sie finanziell besser gestellt, da der Rahmen der Provinzialverwaltung in Punkto Beförderung sehr eng sei. Einige Wünsche der Beamten müssen leider unberücksichtigt bleiben. Der Haushaltsausschuß schlage vor, die Vorlage en bloc anzunehmen. Als zweiter Berichterstatter teilt Abg. Lohmeier (D. V.) mit, daß den Beamten, die durch die neue Besoldung wegen der Steuerzulage schlechter gestellt seien als 1920, das alte Gehalt weitergezahlt würde, bis sie durch Einstufen in eine höhere Altersstufe ein höheres Einkommen erreichten.

Dr. Adler (D. N.) und Genossen wünschen eine Aenderung im Punkte des Gehaltes des Landeshauptmanns. Man solle hinzufügen, daß er eine ihm gewährte Zulage nur zu Dienstzwecken erhalte. Sonst würde das Geld mißbraucht.

Gen. Beims führt diesen Antrag auf die für die Deutschnationalen schlecht ausgefallene Wahl für den Landeshauptmann zurück. Er weist nach, daß früher in Preußen Staatsgelder zu privaten Zwecken mißbraucht wurden. (von Krosigk.) Wäre der Landeshauptmann deutschnational, dann wäre dieser Antrag nicht eingereicht worden.

Der Antrag wird abgelehnt. Punkt 4 wird en bloc angenommen.

Zu Punkt 5 verweist Genosse Bergemann auf die Drucksache 19. Der Punkt wird unter Aussprache angenommen. Zu Punkt 6 der Tagesordnung, betr. Bericht des Haushaltsausschusses über die Provinzialausschußvorlagen, betr. Haushaltsplan und Sonderhaushaltspläne für das Rechnungsjahr 1920 ergreift Genosse Bergemann als Berichterstatter das Wort. Er betont die schlechte Finanzlage der Provinz, die sich noch verschärfen wird, wenn das Reich die Erhebung von Steuern noch mehr einschränkt. Da die Beamtengehälter einen verhältnismäßig sehr großen Posten im Etat einnehmen, fordert er bessere Ausnützung der Arbeitskräfte, d. h. die Beamten sollen ihre vollen 8 Stunden arbeiten. Weiter fordert er Herabsetzung der Zahl der Beamten. Er fordert, daß die Provinz möglichst bald die Elektrizitätswerke in eigenen Betrieb übernähme. Die Mitarbeit der Partei ist davon abhängig. Vor allen Dingen wendet er sich gegen die hohen Zinsgarantien, die den Gesellschaften gegeben werden. Die Gefahr, daß Stinnes die Werke der Provinz aufkauft, ist groß. Alle Parteien haben sich dagegen gewandt. Er wünscht nur Beteiligung an den Kleinbahnen der Provinz, wenn sich Rentabilität ergibt. Die Sozialdemokratische Partei ist bestrebt, unter Zurückstellung der Parteigrundsätze in wirtschaftlicher Beziehung für das Beste der Provinz mitzuarbeiten. (Langer Beifall.) In der weiteren Aussprache tritt der Abg. Dittmann gegen die Erhöhung von Mitteln für religiöse Zwecke auf.

Abg. Mehl und Dr. Stanze (D. N.) treten dagegen auf. Dittmannn (U. S.) weist darauf hin, daß es ein Kampf gegen Religion nicht gebe, sondern nur gegen Kirche.

Gen. Stolberg erklärt das Provinzialparlament in dieser Frage nicht für zustimmend, der Antrag wird abgelehnt.

Die Sonderhaushaltspläne werden ohne weitere Aussprache angenommen. Zum Haupthaushaltsplan berichtet Gen. Bergemann, daß alle Aenderungen des Haushaltsplan vom Haushaltsausschuß einstimmig angenommen seien.

Die Ausgaben der Provinz betragen 88 Millionen, 131 600 Mk.

Er empfiehlt die Vorlage anzunehmen. Dr. Adler (D. N.) spricht gegen den Kauf zweier Kraftfahrer für den Landeshauptmann. Genosse Weber sieht in dem Antrag nur die Gegnerschaft gegen den neuen demokratischen Landeshauptmann. Der Einspruch der Deutschnationalen sei erst gekommen, als der Wahlausfall für den Landeshauptmann bekannt gewesen sei. Von Krause (Dem.) tritt für Anschaffung beider Automobile ein. Unter Heiterkeit des Hauses teilt der Abg. Miller (Dem.) mit, daß das Rätsel betr. Haltung von zwei Chauffeuren dadurch gelöst sei, daß der Landeshauptmann das eine Auto selbst fahre, und der Chauffeur das andere.

Es werden zwei Autos angeschafft. Darauf berichtet Abg. Fuchs (D. N.) über die Einnahmen. Er bittet, den Antrag des Haushaltsausschusses die Dotationsrenten auf das sechsfache zu erhöhen, anzunehmen.

Der Haushaltsplan wird angenommen. Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

•

Achte Vollsitzung des Provinziallandtages.

Die Elektrizitätsunternehmen in der Provinz. — Kredit für die mitteldeutsche Heimstätte.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung brachte wenig Interessantes. Das Haus zeigte ziemliche Leere und teilweise große Interessenlosigkeit. Man schien nach dem gestrigen Kampf der Meinungen ermüdet zu sein. Die Vorlagen wurden fast alle ohne Reibung angenommen. Nur die Deutschnationalen konnten es sich nicht verkneifen, wieder einige herausfordernde Anträge zu stellen.

Eingegangen ist ein Antrag der Kommunisten, für den die ganze Linke, mit Einschluß einiger Demokraten, die Dringlichkeit beschloß, auf Ausstellung von Ausweiskarten für die Landtagsmitglieder, damit verhindert wird, daß diese außerhalb des Hauses angehalten werden und damit es ihnen ermöglicht ist, die Provinzialanstalten zu besuchen. Der Antrag erledigt sich, da die Karten bereits ausgeschrieben sind. Man geht dazu über, den Rest der Tagesordnung der 7. Sitzung noch zu erledigen. Der Abg. Fuchs (D. N.) kann es sich nicht verkneifen, beim Verwaltungsbericht des Provinzialausschusses den Wunsch auszudrücken, man möge wieder zur alten Preußischen Sparsamkeit (?) zurückkehren. (Gelächter bei den Kommunisten.)

Genosse Bergemann trägt die bei den Sonderhaushaltsplänen vom Haushaltsausschuß beschlossenen Abänderungen vor.

Abg. von Krause (Dem.) wünscht Errichtung von landwirtschaftlichen Winterschulen in allen Kreisen der Provinz und deren Unterstützung durch die Provinz. Der Landtag nimmt die Vorschläge des Haushaltsausschusses an.

Eine Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die um Hinzuziehung der Angestellten zu den Tarifverhandlungen bittet, wird dem Landeshauptmann mit dem Ersuchen um Berücksichtigung zugewiesen.

Abg. Dr. Dreidrott (Dem.) erstattet sodann den Bericht des Elektrizitätsausschusses über die Provinzialausschußvorlage, betr. Beteiligung des Provinzialverbandes an dem Elektrizitätsunternehmen. Der Provinzialausschuß ermächtigt sich, an die öffentlichen Elektrizitätsunternehmen weiter in einer Höhe bis zu 30 Millionen zu beteiligen. Vor allen Dingen soll das Netz in unversorgten Gebieten ausgebaut werden. An die Elektrizitätsunternehmen soll zu diesem Zwecke zinslose Darlehen bis zur Höhe von 5 Millionen ausgegeben werden, bei denen die Provinz mit mindestens 25 vom Hundert beteiligt ist, wenn die Kommunalverbände die Unternehmen gleichfalls unterstützen. Weiter soll der Provinzialausschuß ermächtigt werden, Darlehen bis zu 25 Millionen aufzunehmen. Im Ganzen sollen 155 Millionen für den Ausbau der Leitungen bewilligt werden. Die Provinz will sich dafür größeren Einfluß auf die Unternehmen sichern.

Dem Hause ist ein Antrag Bansin und Genossen (Dem.) zugegangen, der die Herstellung einer Denkschrift über die Entwickelung des Verhältnisses der Provinz zu den Elektrizitätsunternehmen und deren Einfluß auf dieses. Es soll vor allen Dingen daraus die Ertragsfähigkeit der Unternehmen hervorgehen.

Abg. Miller (Dem.) behauptet, daß die Provinz viel zu geringen Einfluß auf die Unternehmungen habe. Er fordert Zentralisation der Unternehmungen. Die Provinz solle die Unternehmungen in eigene Regie übernehmen.

Gen. Beims tritt in Ausführungen dem Abg. Miller bei und beantragt Zurückverweisung an den Provinzialausschuß, wo die einzelnenen Angaben unter Hinzuziehung von Sachverständige einmal geprüft werden sollen. Auch er fordert Herausgabe einer Denkschrift.

Die Herausgabe einer Denkschrift wird zum Beschluß erhoben. Die Vorlage geht an den Ausschuß zurück zur genaueren Prüfung.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, betr. Bericht des Viehseuchenausschusses über die Provinzialausschußvorlage, betr. Nachtrag der Viehseuchenentschädigungssatzung, ergreift der Abg. Augstin (D. N.) als Berichterstatter das Wort. Er schildert die großen Schäden, die Maul- und Klauenseuche in der Provinz angerichtet habe. Er bittet, da die Schafzucht in der Provinz sich erheblich ausgebreitet habe, die Viehseuchenentschädigung auch auf Schafe auszudehnen. Von einer Entschädigung für verseuchte Pferde (Syphilis) will man absehen, da man hofft, die Seuche, die vom Auslande eingeführt ist, bald zu beseitigen.

Der Landtag stimmt der Vorlage des Provinzialausschusses bei.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, betr. Antrag des Haushaltsausschusses auf Gewährung eines Kredites für die mitteldeutsche Heimstätte in Magdeburg, berichtet der Abg. Walter (Dem.). Der Antrag des Haushaltsausschusses wird ohne Debatte angenommen.

Weiter berichtet der Abg. Walter (Dem.) über den Antrag des mitteldeutschen Handwerkerbundes zu Erfurt wegen Vorschläge zur Hebung des Handwerkes. Charakteristisch an diesem Antrag ist, daß sich die Handwerker entsetzt gegen jede Kommunalisierung und Sozialisierung wehren wollen. Im Namen seiner Parteifreunde fügte Herr Abg. Walter hinzu, daß doch eine Sozialisierung des Handwerkes überhaupt nicht einzutreten brauche, denn jedem Arbeiter im Handwerk sei doch der Aufstieg zum Unternehmer gewährleistet. (?) Der Haushaltsausschuß hat beschlossen, den Antrag des Handwerkerbundes der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Abg. Fuchs (D. N.) beantragt, den Antrag des mitteldeutschen Handwerkerbundes der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Vorschlag des Abg. Fuchs wird mit den Stimmen der Demokraten mit knapper Mehrheit gegen die gesamte Linke angenommen. Der Vorsitzende schließt darauf 12½ Uhr den Landtag.

Provinz und Umgegend.

An alle Ortsvereine des Bezirks! Den Ortsvereinen geht in diesen Tagen eine, ihrem Mitgliederstande entsprechende Anzahl Kampffondsmarken zu, die den Aufdruck: 1. Mai 1921 tragen. Wir ersuchen die Ortsvereine, für den Vertrieb der Kampffondsmarken eifrigst bemüht zu sein und erwarten von unseren Genossen, daß jeder mindestens eine Marke erwirbt. Von dem Erlös verbleiben 30 Prozent den Ortsvereinen. Die restlichen 70 Prozent ersuchen wir, baldmöglichst an uns abzuführen.

Mit Parteigruß:
Der Bezirksvorstand.

Wie im Mansfeldschen geputscht wurde.

Aus Eisleben wird uns geschrieben:

Zu einer scharfen Abrechnung mit den Urhebern des Aufruhrs in den Mansfelder Landen gestaltete sich die am Mittwoch im Volkshaussaal einberufene öffentliche Versammlung der S. P. D. Als Redner war der Zivilkommissar Gen. Kunzemann aus Magdeburg gewonnen. Seine Ausführungen, die auf die stark besuchte Versammlung ihren nachhaltigen Eindruck nicht verfehlten, beschäftigten sich zunächst mit den Bestimmungen der Entente hinsichtlich des Polizeischutzes, um dann schließlich auf das Einrücken der Schupo ins Mansfelder Land, das infolge der allgemeinen Unsicherheit notwendig geworden war, selbst zurückzukommen. Während in Eisleben der Empfang ein wesentlich ruhiger war, seien sie in Hettstedt von vornherein mit ziemlichen Drohungen „begrüßt" worden, aus denen sich dann die im Verlaufe der unglückseligen Tage gezeigten Verbrechen anschlossen, über die bereits in der „Volksstimme" berichtet wurde. Einzelne Scheußlichkeiten des Kampfes wurden aber besonders erwähnt. Es folgte dann eine scharfe Abrechnung mit den Hetzern und besonders mit der gemeinen Schreibweise der „Mansfelder Volkszeitung", die mit ihrem Joseph Schneider wesentlich Schuld an der Zuspitzung der Lage trug. Nach der Sprengung der Dr. Eversschen Villa war den Hölzianern andern Tags der betr. Arzt mit seiner Frau in die Hände gefallen. Sie verlangten dafür 500 000 M. Lösegeld, andernfalls würden die beiden erschossen. Als Antwort kam die Nachricht, daß falls nicht bis zu einer bestimmten Zeit die beiden Geiseln zurückgekehrt seien, sämtliche Eisleber Kommunistenführer sowie Frau Schneider erschossen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210416-13/fragment/page=0006

würden. Selbstverständlich dachte daran niemand im Ernst, aber Joseph gab allein schon die Nachricht Veranlassung, mit „Bluthunden" zu schimpfen und in seinen von ihm herausgegebenen „Kampfberichten" die Tatsache zu erwähnen, daß seine Frau mit ihrem sieben Monate alten Kind erschossen wurde. Frau Schneider hat dann schriftlich erklärt, daß sie weder als Geisel festgehalten noch in sonst einer Form belästigt werde. Sie hatte dabei eine ziemlich drastische Charakterisierung ihres Mannes angefügt! Der Redner warnte dann weiter vor der Aussprengung unsinniger Gerüchte, wie sie von schlesischen und niederrheinischen Zeitungen verbreitet wurden. Die Verfehlungen der Arbeiter-Samariter-Kolonne, die verhaftet wurde, sollen in Neutralitätsverletzungen bestehen. In welch ungeheurem Maße der Terror sich ausgewirkt hat, zeigte Gen. Kunzemann an einigen drastischen Beispielen. In den Anfangstagen des Generalstreits hat nach einer Statistik drei Viertel der Belegschaft der Mansfelder Werke gearbeitet und auch noch weiter arbeiten wollen, bis sie dann durch wahnsinnigen Terror gehindert worden ist. Auch hat die Unterschrift des Gewerkschaftskartells, die insofern gefälscht war, als kein Arbeiterführer gefragt war, irretierend gewirkt. Der Redner zog aus allem die Lehren, die für die vernünftigen Arbeiter zu ziehen sind, und betonte zum Schlusse, daß dieser Putsch vorbereitet war und gekommen wäre, auch wenn keine Polizei in das Mansfelder Land eingerückt wäre. Nur würden dann seine Folgen noch schwerer, die Opfer noch zahlreicher geworden sein. Redner betonte nochmals die Aufgabe, die dem Volke als solches nun gestellt sei, abzurücken von den Kommunisten, unseren Gegnern zu zeigen, daß wir uns nicht unterkriegen lassen, und praktische produktive Arbeit als Hauptaufgabe zu leisten; daneben müsse für jedermann freie und offene Meinung gewährleistet werden, und jeder Terror, komme er von rechts oder links, sei zu unterdrücken.

In der Aussprache verteidigte Stv. Glaubrecht (U. S. P.) die Arbeitersamariterkolonne gegen die Beschuldigungen des Zivilkommissars.

Im Hinblick auf die vorgerückte Zeit antwortete der Zivilkommissar dem Vorredner nur kurz. In dieser Angelegenheit lägen noch eine Reihe von namentlich unterzeichneten Zeugenaussagen bei den Akten, die die Anschuldigungen gegen die Arbeitersamariterkolonne stützen.

In seinem Schlußwort streifte der Redner dann noch das Gerücht, daß es hier noch einmal und viel schlimmer losgehen werde. Redner versteht nicht, wie ernsthafte Menschen so etwas glauben könnten. Er könne sich nicht denken, daß im Mansfelder Lande sich noch jemand finden werde, der gewissenlosen Verbrechern vom Schlage eines Joseph Schneider folgen würde auf der Bahn von Verbrechen zu Verbrechen, wie wir es eben mit Schaudern erlebt. Außerdem aber habe die Regierung gesorgt, daß das Mansfelder Land künftig ausreichend polizeilich geschützt ist. Eisleben erhalte 4 Hundertschaften, Hettstedt und Mansfeld je 1 Hundertmannschaft Schutzpolizei, während die Stärke des nach Schraplau-, Ober- und Unterröblingen zu legenden Schutzes noch nicht ziffernmäßig feststehe. Jedenfalls werde der Mansfelder Bewohner künftig so ruhig schlafen und so sicher seinem Tagewerk nachgehen können wie bis 1914. Im übrigen versprach Gen. Kunzemann, für baldmöglichste Aufhebung des drückenden Belagerungszustandes zu wirken und alle Kräfte zum Wohle der Mansfelder Bevölkerung einzusetzen. Energisch werde er sich auch einsetzen für alle die, welche unschuldig ihre Arbeitsstelle verloren haben. Wünschen müsse man, daß künftig der ältere Arbeiter dem jungen Hetzer energisch entgegentrete und sich von diesem nicht terrorisieren lasse, wie es in den Märztagen der Fall gewesen sei.

Der Zivilkommissar sprach dann noch dem Beitritt der Arbeiter in die Gewerkschaften das Wort und betonte ferner, daß er sich dafür einsetzen wolle, daß kein Arbeiter schuldlos auf die Straße komme. Einsetzen könne er sich aber nicht für Räuber und Verbrecher. (Beifall.)

Zum Schluß der Versammlung wurde folgende Entschließung unserer Genossen verlesen:

„Die am Mittwoch, den 13. April, in Eisleben im „Volkshaus" versammelte Arbeiterbevölkerung lehnt mit aller Entschiedenheit die unter dem Namen der kommunistischen Partei verübten Wahnsinnstaten ab. Sie erklärt sich gegen alle Putsche und Gewalttaten, weil sie der Ueberzeugung ist, daß der Aufstieg der arbeitenden Klassen nur durch zielbewußte Organisation und Aufklärungsarbeit, nur durch den Kampf der geistigen Waffen erreicht werden kann. Die Kommunistische Partei, die für die Verbrechen in unserem Gebiete die Verantwortung trägt, hat aufgehört, als politische Partei geachtet zu werden. Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften das beste Mittel ist, die Interessen der Arbeiterschaft zu schützen und zu fördern, und sie verpflichten sich, bei politischen oder wirtschaftlichen Aktionen lediglich der Parole der verantwortungsbewußten Partei- und Gewerkschaftsinstanzen zu folgen."

Die Resolution fand mit großer Mehrheit Annahme. Die Versammlung selbst war eine Tat der S. P. D. und in weiten Kreisen der städtischen Bevölkerung wurde die an diesem Abend gegebene aufklärende Darstellung aufs lebhafteste begrüßt!

Könnern (Saale). Oeffentliche Versammlung der S. P. D. Am Mittwoch fand hier eine öffentliche Versammlung des hiesigen Ortsvereins statt, in welcher Redakteur, Genosse Budranowsky (Bernburg) an Stelle des verhinderten Genossen Beims (Magdeburg) über „Klassenkampf und Bruderkrieg" sprach. In zweistündigem, vorzüglichen Vortrag erläuterte er die Entstehung der radikalen Strömung des Proletariats und die gewissenlose Hetze der kommunistischen Führer im mitteldeutschen Aufruhrgebiet. Auf Tatsachen gestützt, stellte er fest, daß letzten Endes die Unabhängigen einen großen Teil Schuld daran tragen, denn die Saat, welche sie bisher gestreut haben, ist in Mitteldeutschland aufgegangen und hat Hunderte von Arbeiterfamilien unglücklich gemacht. Er ging dann sehr scharf gegen die verbrecherische Taktik der VKPD. ein und stellte fest, daß dieses Treiben vom Zentralkomitee der VKPD. gebilligt worden ist und so all dieses Elend auf das Konto der Kommunisten anzusetzen sei. Er berührte dabei den Rücktritt des kommunistischen Zentralkomitees und schloß daraus, daß ganz allein dieser letzte Putsch im Zusammenhang stehe damit, daß Levi, Däumig und Genossen die Verantwortung nicht übernehmen konnten und die Konsequenzen daraus zogen. An russischen Beispielen behauptete er, daß wenn auch dieser Putsch mit einem Sieg der Arbeiterschaft geendet hätte und die Kommunisten zur Macht gekommen wären, heute schon die Arbeiterschaft das Elend spüren würde; nur der Besonnenheit und der klaren Politik der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften ist es zu verdanken, daß so schnell wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sind. Dann ging er auf das Spitzelsystem in der VKPD. näher ein und erwähnte dabei den Prozeß Vater in Magdeburg und ähnliche Dinge. In der Diskussion sprach ein nicht sehr ernst zu nehmender Moskaujünger und versuchte das mit Arbeiterblut befleckte kommunistische Banner rein zu waschen, gestand unter anderem aber zu, daß Diebstähle mit dem Kampfe um kommunistische Ziele unvereinbar seien. Sodann sprach Gen. Flücht (Halle) und trat den Moskauanbetern mit Beweisen und Tatsachen entgegen, so daß sie durch ihr Verstummen bekennen mußten, daß sie am Ende ihrer Macht angelangt waren. Im Schlußwort war es Genossen Budranowsky leicht, mit den mit Verblendung Geschlagenen abzurechnen. Er ermahnte jeden klardenkenden Arbeiter zu prüfen, ob er einen Schritt in der Richtung Moskau gehen wolle und aber auch nicht abseits stehen zu bleiben von der großen Heeresstraße, auf welcher das Endziel erreichbar ist, sondern mit zu streiten und den Sozialismus durch die Demokratie zu verwirklichen. Deshalb Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Beamte, hinein in die alte sturmerprobte, mächtige Sozialdemokratische Partei, raus mit den bürgerlichen Blättern aus den Arbeiterstuben und die einzige Waffe des Sozialismus, die sozialdemokratische Volksstimme gelesen!

Zeitz. Oeffentliche Volksversammlung. Am 10. April fand im Schützenhaus eine öffentliche Versammlung statt. Gen. Häusler (Berlin) sprach über die Vorgänge in Mitteldeutschland, insbesondere die in der Mansfelder Gegend. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach der Kommunist Lemke sein bekanntes Verslein vom Papier runter, welches mit dem Schlußsatz endete: Wenn unsere Zeit gekommen ist, dann wehe, dreimal wehe euch Rechtssozialisten. (Allgemeine Heiterkeit.) Gen. Krause USP. wandte sich gegen die Ausnahmegerichte und trat für baldige Bildung von Arbeitsgemeinschaften der beiden Parteien ein. Im Schlußwort ging Gen. Häusler mit den Kommunisten scharf ins Gericht. Der USP. aber schlug er vor, sich erstens eine andere Tonart in der Presse (Zeitzer Volksbote) zu befleißigen, zweitens sich mit uns zu vereinigen, wie es die Parteivereine in Wernigerode gemacht haben. Mit den Worten: Nur durch die Demokratie zum Sozialismus können wir vorwärts kommen, schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Bad Kösen. Die hiesige Arbeiterschaft scheint noch nicht begriffen zu haben, welche Bedeutung der Ausgang des Kommunistenputsches hat. Sie wissen wohl, daß sie auf dem Leunawerk zum Teil entlassen sind, aber sie wissen nicht, daß sie das den Kommunisten zu danken haben. Darüber sollte am Donnerstag in einer Versammlung hier Aufklärung geschaffen werden, leider war die Versammlund so schlecht besucht, daß sie nicht stattfinden konnte. Wir müssen aber unter allen Umständen dafür sorgen, daß das Eis doch gebrochen wird, wenn wir vorwärts kommen wollen. Arbeiter, wacht auf! aus dem Schlaf, in den euch die Kommunisten gelullt haben. Die Versammlung wird bestimmt am Mittwoch, den 20. April in der „Post" stattfinden. Hier soll eine Abrechnung mit den Kommunisten vorgenommen werden. Die Einwohnerschaft mag in Massen erscheinen.

Roßbach. Die hiesige Arbeiterschaft, die bisher stets gezeigt hat, daß sie den kommunistischen Weisheitsaposteln jede Gefolgschaft versagte, bekundete am 13. d. M. erneut in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, daß sie weit abrückt von einer Partei, die gewissenlos die Massen in Not und Elend hetzt. Genosse K. Garbe (Halle) als Referent, verstand es, in ausgezeichneter Weise die Vorkommnisse bei den letzten Unruhen eingehend zu schildern, und zu zeigen, wie die Massen durch die kommunistische Hetzpresse dauernd irregeführt wurden. In der Diskussion wies Gen. Plödner auf die Wichtigkeit der Gewerkschaften hin und zeigte auch hier, wie die kommunistischen Maulhelden an der Arbeit sind, ihre Zerstörungsarbeit zu vollbringen. Gen. Voigt streifte kurz die örtlichen Vorkommnisse und forderte zum Abonnement der „Volksstimme" und zum Beitritt in die Sozialdemokratische Partei auf. Nach einstimmiger Annahme nachstehender Resolution und nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten wurde die sehr interessante Versammlung geschlossen. „Die Versammlung erkennt in der letzten Putschaktion der Kommunisten ein verbrecherisches Beginnen unverantwortlicher Schürer und Hetzer. Da diese Elemente aber in der VKPD. und KAPD. vorherrschend sind, ist es Selbsterhaltungspflicht der Arbeiterschaft, diese Parteien mit aller Kraft zu bekämpfen. Nur in der geschlossenen einigen Sozialdemokratischen Partei vermag die Arbeiterklasse die Vorbedingungen für die ständige Fortentwicklung zum Sozialismus zu schaffen."

Eisleben. Am Sonntag, dem 17. April findet früh 9½ Uhr im „Volkshaus" eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsfunktionäre des Mansfelder Bezirks statt. Da die Tagesordnung sehr wichtige Punkte aufweist, ist vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Eisleben. Ein paar niedliche Sektpfropfen! Verfehlungen der beiden Leiter des Werksicherheitsdienstes der Gewerkschaft, Neumann und Gäde. Die Untersuchungen über die immer noch nicht ganz aufgeklärten Vorgänge der Karfreitagnacht ergaben leider Anhaltspunkte dafür, daß sich die beiden Leiter des gewerkschaftlichen Werksicherheitsdienstes Neumann und Gäde schwerer Verfehlungen schuldig gemacht haben. Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis der angestellten Ermittelungen haben sie tatsächlich in der gesprengten Wohnung des Generaldirektors Dr. Heinhold geplündert und sind deshalb später verhaftet worden. Die Entdeckung dieser ungeheuerlichen Vergehen gelang erst, nachdem es den Schuldigen gelungen war, das gestohlene Gut nach Berlin zu schaffen, wo es inzwischen wieder erfaßt und dem Eigentümer zurückerstattet werden konnte. Man hatte auch die beiden Frauen der Täter und eine Friseuse festgenommen. Diese konnten aber nach dem Verhör wieder entlassen werden, während Neumann und Gäde dem Amtsgericht zugeführt wurden, wo sie nun ihrer Aburteilung entgegensehen. Uebrigens mußte festgestellt werden, daß Gäde ein durchaus minderwertiger das den hiesigen Sicherheitsdienst eingerichtet hat, einen solchen Mensch ist, der schon sechsmal in der Irrenanstalt untergebracht war. Noch unverständlicher erscheint, wie das Berliner Institut, Menschen hierher schicken konnte. Eine frühere Veröffentlichung unterblieb auf amtliche Empfehlung bis zum Abschluß der Untersuchung, die nicht gestört werden sollte. — Ja, es ist nicht alles Gold, was glänzt!

Helfta. Gemeindevertretersitzung. Am 11. d. M. fand im Schulzenamte eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Herr Gemeindevorsteher Schmidt eröffnete die Sitzung und gedachte zunächst der während des kommunistischen Putsches ums Leben gekommenen 7 Einwohner von Helfta. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren der Toten von den Plätzen. Alsdann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde der Schöppe Fahrsteiger Lohmeier (SPD.) und die Gemeindevertreter Bergmann Stielicke (USP.) und Bergmann Brahmann (KPD.) durch den Gemeindevorsteher eingeführt. — Der Antrag der Stadt Eisleben auf Erneuerung des Vertrages betr. Regelung der Abgaben gemäß § 53 des KAG. wird zurückgestellt. Der Gemeindevorsteher wird beauftragt, zunächst mit der Stadt Eisleben in Verhandlung zu treten. Die Gemeindevertretung bewilligt die Mittel zur Anschaffung eines neuen Turnpferdes für die Turnhalle. — Zur Auflassung des durch die Gemeinde übernommenen Grabens in der Winzerstraße wird dem Gemeindevorsteher Vollmacht erteilt. — Die Gemeindevertretung beschließt, die Haftpflicht-Versicherung der Gemeinde neu abzuschließen, mit der Maßgabe, daß die vier Pferde zur Bespannung der Spritze mit mindestens 120 000 Mark und alle übrigen Gegenstände dem heutigen Wert entsprechend versichert werden. — Auf Antrag des Krüppelfürsorge-Vereins der Prov. Sachsen wird beschlossen, die rückständigen Beiträge zu zahlen und weiterhin Mitglied des Vereins zu bleiben. — Der Beitrag für die freiwillige Turnerfeuerwehr wird auf 200 Mk. erhöht. Besondere Kosten der Feuerwehr sollen jeweils besonders erstattet werden. — Von einer Beschwerde des Hausbesitzervereins wegen angeblich beabsichtigter Zufüllung des Schafteiches wird Kenntnis genommen. Es wird festgestellt, daß der Teich nicht zugefüllt werden soll. Wenn tatsächlich von einigen Leuten Schutt und Asche am Teiche angefahren ist, so bittet der Gemeindevorsteher die Einwohnerschaft, hiervor abzusehen, und die Anlieger dies zu unterbinden. — Der Verkaufspreis für das an die Siedlungsgesellschaft abzugebende Land wird auf 3000 Mark pro Morgen festgesetzt. — Die endgültige Anstellung des Gemeindesekretärs Bornschein mit Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge wird genehmigt. Das Besoldungsdienstalter wird auf den 1. März 1916 und das ruhegehaltsfähige Dienstalter auf den 1. Januar 1920 festgesetzt. — Das Gemeindedieneramt und das Amt des Schulkastellans sollen verbunden und durch den bisherigen Gemeindediener versehen werden. An den Schulvorstand soll in diesem Sinne herangetreten werden. — Die Gemeindeschwester soll ab 1. April d. J. eine Entschädigungszulage erhalten. Ueber die Höhe soll entschieden werden, nachdem der Beitrag des Kreises feststeht. Der Pachtzins für die Gemeindeäcker mit Ausnahme des Angers wird mit Wirkung ab 1. Oktober 1920 um 150 Prozent erhöht. Für die Bücherei werden 500 Mark bewilligt. Die Gemeindevertretung ist grundsätzlich mit dem Austausch der Aecker Gemeinde Peter-Lämmerhardt zum Zwecke der Anlegung eines Sportplatzes hinter der Turnhalle einverstanden. Der bisherige Gemeinderendant Herr Schoof soll aushilfsweise weiterbeschäftigt werden. Die Entschädigung soll entsprechend seinem bisherigen Gehalte tageweise gezahlt werden.

Helfta. Brennholzverlosung. Am Sonntag, den 17. d. M., morgens um ½8 Uhr, findet nochmals eine Verlosung von Brennholz in Heins Lokale statt. In erster Linie kommen die Haushalte an die Reihe, welche bei der letzten Verlosung nicht berücksichtigt werden konnten und im Anschluß hieran die übrigen Haushalte Rege Beteiligung ist im eigenen Interesse erwünscht.

Sangerhausen. Arbeitsstunde für Wohlfahrtszwecke. Auf Anregung des Kreiswohlfahrtsamtes kamen in dieser Woche die Vertreter der gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen zusammen, um über die Frage der Schaffung einer Wohlfahrtsstunde zu sprechen. In einzelnen Kreisen ist bereits diese Einrichtung mit großem Erfolg durchgeführt worden. Im Bezirk Waldenburg haben z. B. die gesamten Arbeitnehmer (Beamte, Angestellte und Arbeiter) beschlossen, ein Jahr lang pro Monat eine Wohlfahrtsstunde zu leisten und den Ertrag in einem Wohlfahrtsfond abzuliefern, der von den beteiligten Organisationen verwaltet wird. Im ähnlichen Sinne hat auch hier die Aussprache stattgefunden. Aus dem Ertrage der Wohlfahrtsstunde sollen Heime für Kinder, Anstalten und ähnliche Einrichtungen unterhalten werden. Die nächste Besprechung findet am Montag, den 18. April d. J., nachmittags 5¼ Uhr, im Zimmer des Wohlfahrtsamtes statt. Organisationen, die sich evtl. für diese Angelegenheit interessieren und sich daran beteiligen wollen, werden gebeten zu erscheinen. Eine besondere Einladung erfolgt nicht.

Preußischer Landtag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Kom.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf Entschädigung der verbotenen kommunistischen Zeitungen.

Abg. Geschke (Kom.) begründet den kommunistischen Antrag auf Uebernahme der Bestattungskosten für den Kommunisten Sült auf die Staatskasse und auf Entschädigung der Hinterbliebenen, sowie die große Anfrage derselben Partei, die Bestrafung der Schuldigen wegen der widerrechtlichen Verhaftung und des Todes Sülts fordert. Der Polizeibeamte, der Sült erschossen hat, ist merkwürdigerweise derselbe, der schon 1919 einen Kommunisten „auf der Flucht" erschossen hat. Zuruf des Abg. Hoffmann (Kom.: Hören Sie es, Herr Severing, daß Sie ein Mörder sind! — Große Heiterkeit bei den anderen Parteien.) Die amtlichen Berichte über den Hergang der Flucht und Ermordung haben sich mehrfach widersprochen. Zunächst war kein Zeuge der Flucht und Erschießung vorhanden. Später fanden sich dann fünf Zeugen ein. (Zurufe d. Kom.: Alles erlogen!) Die Zeugen sind vom Polizeipräsidium gemacht worden. Der Tote ist dann noch mit Füßen getreten worden, indem man ihm zurief: Verrecke du Aas. (Zuruf v. d. Kom.: Ordnungsbestien! — Redner legt ein Bild auf den Tisch des Hauses nieder. — Lebhafter Widerspruch im Hause. — Gegenrufe d. Kom.: Sie haben keine Scham! — Vizepräsident Porsch ersucht mehrfach die Abgg. der V. K. P. beleidigende Zurufe zu unterlassen.) Was geschieht mit den rohen Patronen unter Ihren Beamten, Herr Polizeipräsident? Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Personal!

Als der Polizeipräsident Richter erscheint, wird er von den Kommunisten mit wüsten Zurufen empfangen: Der Polizeipräsident glaubt einem Beamten mehr als einem Kommunisten. Abg. Krüger (Soz): Ihnen glaube ich überhaupt nichts. — Großer Lärm b. d. Kom. — Der Abg. P. Hoffmann (Kom): ruft dem Polizeipräsidenten Richter fortgesetzt zu: Sie sind ein Mörder! — Der Polizeipräsident geht aus dem Sitzungssaal. — Abg. P. Hoffmann, der inzwischen einen Ordnungsruf erhalten hat, ruft hinter ihm her: Da verschwindet der Halunke! — Vizepräs. Dr. Porsch erteilt dem Abg. Paul Hoffmann den zweiten Ordnungsruf.) An der Ermordung Sülts hatten viele ein großes Interesse. Sült ist im Kampfe des Proletariats, allerdings nicht im offenen Kampfe gefallen; er wird nicht der letzte sein.

Abg. Franken (Kom.): Es besteht eine Einheitsfront von Hilferding bis Graef gegen das revolutionäre Proletariat. Im okkupierten Gebiet haben sich auch Sozialdemokraten gefunden, die die Kommunisten verraten. Peter Zimmer, jene elende Kreatur (ungeheure Erregung der Sozialdemokraten. — Zurufe: Sie haben ihn erst geschlachtet und jetzt beschimpfen Sie ihn. — Minutenlanger tosender Lärm. Die Glocke des Präsidenten dringt nicht durch, der Redner versucht wiederholt weiterzusprechen, wird aber durch gemeinsame, immer wiederholte Schlußrufe der Sozialdemokraten daran gehindert. Schließlich erklärt Vizepräsident Dr. Porsch, daß die Sitzung auf eine Viertelstunde vertagt ist. — Schluß 3,20 Uhr.)

Zweite Sitzung.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die neue Sitzung um 3,35 Uhr, bittet um Mäßigung und fragt an, ob der Antragsteller weiter zu sprechen wünscht.

Abg. Franken (V. K. P. D.): fortfahren. (Sämtliche Parteien außer den Kommunisten verlassen den Saal.) Wird unser Antrag abgelehnt, so stellen wir erneut fest, daß die deutsche Entente mit der Ententeregierung Kuhhandel treibt, um die Arbeiter niederzuknüppeln.

Das Haus tritt in die Besprechung der großen Anfragen und Anträge ein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751921O416-13/fragment/page=0007

Abg. Stiefer (F.) (Die Abgeordneten betreten den Saal wieder.): Die Kommunisten sind nicht berechtigt, sich als die alleinigen Arbeitervertreter aufzuspielen. Hinter den christlichen Gewerkschaften stehen auch zweieinhalb Millionen Mitglieder. Nur gewerkschaftliche Arbeit kann die Arbeiterschaft emporführen. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Abg. Dr. Pinkerneil (D. Vp.): Die Rede des Ministers war nichts anderes als Parteipolitik. (Lärm links.) (Zuruf: Sie sind ja ein parlamentarischer Säugling.) Es ist ehrenhafter, ein parlamentarischer Säugling, als ein parlamentarischer alter Esel zu sein. (Heiterkeit.) Die Regierung mußte wissen, was in Mitteldeutschland bevorstand. Hörsing hat jämmerlich versagt. Er muß abtreten. (Stürmische Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.): Es ist bedauerlich, daß hier nicht Anträge zur Unterstützung der Opfer des Aufstandes, sondern zur Erleichterung der gefangenen Täter besprochen werden. Die Radikalisierung der Arbeiter lag an der mangelnden gewerkschaftlichen Schulung. (Sehr richtig in der Mitte und bei den Soz.) Solche Hetzreden wie die des Herrn Graef wirken nur aufreizend auf die Arbeiter. Man kann diese Dinge nicht aus der Perspektive eines hinterpommerschen Gutshofes beurteilen. Die Tätigkeit der linksstehenden Landräte will ich nicht verteidigen, aber es ist doch merkwürdig, daß der Aufstand zum Ausbruch kam in einem Kreise, der noch heute von einem Landrat der wilhelminischen Aera geleitet wird. (Hört, hört.) Der deutschnationale Regierungspräsident in Merseburg war mit den ganzen Maßregeln des Oberpräsidenten Hörsing durchaus einverstanden und billigte es besonders noch ausdrücklich, daß die Reichswehr zurückgehalten wurde. Warum richtet man gegen ihn keine Vorwürfe? Das Verhalten der Kommunisten ist eine glatte Heuchelei. Wer sich so außerhalb des Rechtes stellt, kann nicht an das Recht appellieren. Die Bekämpfung des moskowitischen Verbrechertums ist eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk und eine Vorbedingung für seine Zukunft. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 12 Uhr: Abgeordnetenentschädigung, Fortsetzung der heutigen Aussprache. — Schluß 6 Uhr.

Vermischtes.

Kein Anlaß zur Gehaltserhöhung.

„Der freie Angestellte" bringt folgendes ergötzliche Geschichtchen:

„Ach, Herr Direktor," sagte Herr Meier, „da Sie soviel Geld verdienen, könnten Sie mir doch eine kleine Gehaltserhöhung geben."

„Arbeiten Sie soviel, Herr Meier?"

„Ich? Ja! Ich arbeite wie ein Pferd!"

„Lassen Sie sehen. Das vorige Jahr hatte 366 Tage, nicht wahr?"

„Ja, gewiß."

„Nun, Sie schlafen acht Stunden am Tage, nicht wahr?"

„Ja."

„Das ist ein Drittel des Jahres, also 122 Tage. Bleiben 244 Tage."

„Stimmt."

„Acht Stunden täglich sind Sie frei, macht nochmals 122 Tage. Bleiben also 122 Tage."

„Sehr richtig."

„Sonntags arbeiten Sie gar nicht; macht 52 Tage, bleiben also 70."

„Hm . . . ja."

„Sonnabends arbeiten Sie nur den halben Tag, gehen 26 Tage ab und 44 bleiben übrig."

„Ja, ja, ja, gewiß."

„Vierzehn Tage Ferien hatten Sie, nicht?"

„Ja, die hatte ich."

„Bleiben also 30 Tage; dann gibt's 9 Feiertage im Jahr, so daß bloß 21 Tage übrig bleiben."

„Ah, hm, ja . . . a . . . aa."

„Fünf Tage waren Sie krank. Bleiben 16 Tage, nicht wahr?"

„Ja . . . aa."

„Dann haben Sie jeden Tag eine Stunde Mittagspause, zusammen 15 Tage. Also bleibt ein Tag, und das war der 1. Mai, wo Sie frei waren. Sie haben Glück, Herr Meier, daß das vorige Jahr ein Schaltjahr war, sonst hätte Ihnen noch ein Tag gefehlt!"

Meier zog sein Gesuch um Gehaltserhöhung zurück.

Eine Weltsprache vor hundert Jahren. Schon vor mehr als hundert Jahren gab man sich Mühe, die babylonische Verwirrung der Sprachen zu lösen und die Nationen auf eine Einheitssprache zu vereinigen. Eine Vorläuferin von Esperanto und Volapük war die Schrift eines Pariser Lehrers, die unter dem Titel Pasygraphie herauskam und, wie die Nachricht lautete, die Erfindung einer Schreibkunst entdeckte, vermöge welcher man sich in allen Sprachen ohne Uebersetzung verständlich machen kann. Der bekannte Lehrer der Taubstummen Sicard hat diese Kunst entwickelt; die Methode soll sehr einfach sein. —

Eingesandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung)

Neuzeitliche Jagdverpachtungen!

Am 31. März d. J. wurde die Jagd in Holleben verpachtet und berichtet uns ein Teilnehmer an der Verpachtung, daß es einen tief traurigen kläglichen Eindruck machte, zu beobachten, wie die kleinen Landwirte, welche immer wieder versuchten, das Höchstgebot zu erweitern, sich wie kleine Würmer wälzten, vor einem Geldgewaltigen, fast 90jährigen Greis. Dieser alte Herr ruhte nicht eher, bis daß er den Großkapitalismus zum Siege brachte. Der Zweck heiligt die Mittel. Ganz modern. Nebenbei bemerkt, hat dieser neue Pächter von Holleben bereits ein Jagdgebiet von ca. 15 000 Morgen Größe. Seine bisherigen Jagden gehen bisher vom Bahnhof Schlettau an der Bahn entlang bis Teutschenthal, quer durch bis Bahnhof Lauchstädt und fast bis an die Tore Merseburgs, alles ein einziges, fast unermeßliches Gebiet, auf welchem Hasenschlachten, vielmehr Massenmorde (von ca. 20 Jägern in 4 Stunden 3000 Hasen) geliefert werden. — Solche Riesenjagden mit einem Heere unzähliger Treiber dauern 3 Tage hintereinander. Wieviel kleinere Jagden könnten doch wohl daraus gemacht werden, um mehreren die Freude zu vergönnen, welche gern nach Tagen mühevoller Arbeit zur Jagd gehen möchten.

A. R.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Bekanntmachung.

Milchkartenausgabe für Kranke, hoffende Frauen und alte Leute über 75 Jahre.

Die Erneuerung der auf Grund ärztlicher Zeugnisse ausgefertigten Milchkarten, sowie derjenigen für alte Leute und hoffende Frauen erfolgt vom Montag, den 18. bis Sonnabend, den 23. April 1921 im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, im Laden (Urlauberabfertigung). Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen:

a) der Lebensmittelschein des Haushaltes, dem der Versorgungsberechtigte angehört,

b) der Stamm der alten Milchkarte.

Hoffende Frauen haben außerdem, sofern sie bisher nicht schon im Besitze einer Milchkarte waren, eine Bestätigung des Arztes oder einer zur Ausübung des Hebammenwesens zugelassenen Hebamme, daß Schwangerschaft in den letzten drei Monaten besteht, vorzulegen. Die Ausgabe der Milchkarten erfolgt nach folgender Ordnung: an Personen, deren Familienname beginnt mit dem Buchstaben:

A—E am Montag, den 18. April,
F—H am Dienstag, den 19. April,
J—L am Mittwoch, den 20. April,
M—O am Donnerstag, den 21. April,
Q—S am Freitag, den 22. April,
T—Z am Sonnabend, den 23. April.

Eine Erneuerung der Milchkarten für Kranke findet nicht statt, wenn die Gültigkeitsdauer des Zeugnisses inzwischen abgelaufen ist. **Von dem zuständigen Dezernenten werden mündliche Anträge auf Erneuerung der Milchkarten nicht mehr entgegengenommen.** Falls die Erneuerung an der obengenannten Stelle abgelehnt wird, sind Anträge auf Weitergewährung der Milchkarten schriftlich bei dem Stadternährungsamt, Abtlg. I, zu stellen. Milchkarten auf Grund der in letzter Zeit überreichten Zeugnisse werden, falls eine Zuweisung auf die letzteren noch nicht erfolgt ist, nicht an vorgenannter Stelle ausgehändigt, vielmehr ergeht wegen Abholung besondere Benachrichtigung.

Die Abholung der Milchkarten hat unbedingt an den oben bezeichneten Tagen im Laden zu erfolgen. Eine nachträgliche Ausgabe im Stadternährungsamt kann auf keinen Fall stattfinden.

Halle, den 16. April 1921. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Milchkartenausgabe für Kinder.

Vom Montag, den 18. bis einschließlich Sonnabend, den 23. April 1921 werden in den städtischen Markenausgabestellen die neuen vom 25. April 1921 ab gültigen Milchkarten für Kinder bis zu 6 Jahren und stillende Mütter ausgegeben.

Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen:

a) der Lebensmittelschein des Haushalts, dem der Versorgungsberechtigte angehört,

b) der Stamm der alten Milchkarte.

Wenn der Versorgungsberechtigte ist:

a) ein Kind bis zu 6 Jahren, ein Altersnachweis (Geburtsschein, standesamtliche Geburtsurkunde); die Vorlegung des Impfscheines genügt nicht,

b) eine stillende Mutter, eine beglaubigte Bescheinigung der Hebamme, des Arztes oder der Säuglingsfürsorgestelle, daß die Mutter ihr Kind stillt, oder ein Ausweis der Krankenkasse darüber, daß Stillprämien gezahlt werden.

Bei der Ausgabe der Milchkarten für Kinder ist für die Entscheidung der Frage, welche Menge dem betreffenden Kinde zukommt, der Geburtstag des Kindes bestimmend. Gelangt ein Kind während der Zeit, für welche die Milchkarte gilt, in eine Altersstufe, für die dann eine geringere Milchmenge vorgesehen ist, so bleibt es noch bis zum Ablauf der Gültigkeit der Karte im Genuß der erhöhten Menge.

Die Abholung der Milchkarten hat unbedingt an den oben bezeichneten Tagen in den Markenausgabestellen zu erfolgen. Eine nachträgliche Ausgabe im Stadternährungsamt kann auf keinen Fall stattfinden.

Halle, den 16. April 1921. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Auf A- und S-Milchkarten darf nur Büchsenmilch verabfolgt werden. Zuwiderhandlungen werden geahndet.

Halle, den 16. April 1921. **Der Magistrat.**

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Gräfenhainichen. **Sonnabend, den 16. April, abends ½8 Uhr** findet eine **außerordentliche Mitgliederversammlung** der S.P.D. im „Schützenhaus" statt. Der Besuch der Vorstände der umliegenden Ortsvereine der S.P.D. und das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Rothenburg. **Sonntag,** abends 8 Uhr, im Gasthof „zur Post" **Mitgliederversammlung.** Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Gäste und alle Volksstimmenleser sind willkommen.
Der Vorstand

Delitzsch. **Am Sonnabend, den 16. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Bismarck" (Kaffee).** In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um vollzähliges Erscheinen der Parteimitglieder gebeten.
Der Vorstand.

Ammendorf. **Montag, den 18. April, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung im „goldenen Adler".** Tagesordnung: 1. Voraussichtlich Referat des Genossen Lehrer Wilke-Halle über Schulfragen. 2. Der Putsch der Kommunisten. Das Erscheinen aller Mitglieder erbittet.
Der Vorstand.

Piesteritz. **Dienstag, den 19. April, Mitgliederversammlung** im Lokal „Schulze & Arndt". Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Wimmelburg. **Am Sonntag, den 17. April abends 6 Uhr,** findet eine **öffentliche Versammlung** der S.P.D. statt. Der Zivilkommissar Genosse **Kunzemann,** spricht über die Ursachen und Wirkungen des kommunistischen **Putsches.** Sorgt für Massenbesuch!
Der Einberufer.

Ahlsdorf-Hergisdorf. Im Gasthof „Stadt Hamburg" spricht am **Sonntag,** den 17. April, **Gen. Garbe-**Halle über „die kommunistische Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland". **Die Versammlung beginnt 10 Uhr.** Im Interesse der Aufklärung, welche für die Arbeiterschaft **dringend** erforderlich ist, müssen die hiesigen Proletarier **geschlossen** an dieser Veranstaltung teilnehmen.
Der Einberufer.

Persil
wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche, spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes und billigstes selbsttätiges Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket
Henkel & Cie., Düsseldorf.
Persil

Nur für Frauen
Totsicher
leiste ich Ihnen in jedem Falle schnellst. Hilfe durch mein anerkannt wirksames Spezialmittel bei jedweder Blutstockung od. Regelstörung. Garantiert unschädl. Geld zurück. Wirkt in den meisten Fällen schon in 1—2 Tg. und biete ich Ihnen durch mein Mittel bei richtiger Anwendung absolute Hilfe. Achten Sie genau auf untensteh. Adr. Es befind. sich viele minderwertige Nachahmungen im Handel wenden Sie sich daher nur an mich, wenn Ihnen wirklich geholfen sein soll. Streng diskr. Vers. B. Böhm, Hbg. 31, Prätoriusweg 7.

Anzüge
für Herren, Burschen und Knaben.
Gardinen, Bettbezüge, Bettücher, Inlett, Hemden, Hosen, Kleiderstoffe, Schuhe, Gummimäntel
auf Teilzahlung.
Leichte Zahlungsbedingungen die nach Wunsch der Käufer eingerichtet werden.
Paul Sommer,
Leipzigerstr. 14, I. u. II. Stock.

Vorm. Geh. Med.-Rat Dr. Schroeder's Heilinstitut
Spezialarzt Dr. Krug
für Haut- u. Geschlechtsleiden
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 34, I. Tel. 6497.
Spezialkuren (ohne Berufsstörung) bei Harnröhrenerkrankungen, Ausfluss bei Männern und Frauen, Syphilis, sex. Schwächen.
Blutuntersuchung — Künstl. Höhensonne
Sprechzeit: Wochent. 10—1, 3½—6½, auß. Mittw. Sonntag von 10—1. — Getrennte Warteräume.

Nach 9jähriger Ausbildung u. a. am Krankenhaus Moabit Berlin u. a. d. Univ. Inst. u. Univ. Frauen-Kliniken zu Berlin Breslau und Halle habe ich mich in Halle a. d. S., Magdeburger Strasse 7 als
Facharzt
für Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe
niedergelassen.
Sprechst. Wochentägl. 11—1 vorm., 4—5 nachm.
Tel. 2911
Dr. med. Friedrich Goldstücker
Halle a. d. S. Magdeburger Strasse 7.

Erfinder
erh. kostenlos die 10 Gebote.
Patentzentrale
Leipzig, Sidonienstr. 52.
Ausarbeitung - Anmeldung.
Modelle — Meßaustell.

Achtung! Ausschneiden! Achtung!
Wer Stoff hat, zu Anzug, Paletot usw.
Tadelloser Sitz — Beste Verarbeitung
Billigste Preise
Paul Nelle, Herrenmoden, Geiststr. 18.

Wratzke u. Steiger Hoflieferanten, Poststrasse 9|10
Juwelen — Gold — Silber

Frauen
bei Störungen des monatlichen Vorganges helfen Dr. Schreiters Monatstropfen Gummiwaren. Preisliste gratis. Versandh. Germania Halle (S.), Landsbergerstr. 5, I.

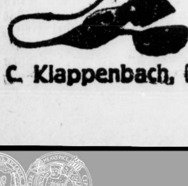
Vermischtes

Gesund u. ohne Sorge!
b. Blutarmut, W'fluß, Schw. Harn- u. G'leiden W'ahr., Hämorr. Kr. Störung usw. schn. sichere Hilf. d. Schül. v. Profess. D.

Frau Elise Vogel
Hamburg 39 Hsd.
Auskunft frei! — Rückporto!

Stellen finden.

Arbeitslose
finden zum Zeitungstransport aushilfsweise Beschäftigung.
Verlag Volksstimme G.m.b.H.


Spülapparate Irrigatoren Spülmittel Gummi-Schläuche für Irrigatoren Damenbinden und Gürtel
C. Klappenbach, Grosse Ulrichstrasse 41.

Auf Kredit
Herabgesetze Preise
in kompl., schönen Küchen, sowie einzelne Küchenmöbel jeder Art in grosser Auswahl.
Kleine Teilzahlungen
nur bei
N. Fuchs, Möbelhaus
Halle, Gr. Ulrichstrasse 58. I. II. III.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210416-13/fragment/page=0008